



Thüringer Aufbaubank

Die Förderbank.

THÜRINGER KOMMUNAL MONITOR

Trendanalyse: 5 Jahre

Kommunale Bedarfstrends
auf den Punkt gebracht.

2019–2023



Thüringer Kommunalmonitor

Trendanalyse 2019–2023

Stand: 12.03.2024

5		Vorwort
6–7		Resonanz in den Kommunen
8–11		Finanzielle Situation in den Kommunen
14–17		Bedarf an personellen Ressourcen
18–19	Interview mit Peggy Greiser – Landrätin für den Landkreis Schmalkalden-Meiningen	
20–23		Bedarf an Investitionsmitteln
24–27	Interview mit Linda-Louise Harzer & Holger Hartwig vom Thüringer Finanzministerium	
28–29		Zukünftiger Investitionsbedarf 2024–2026
30–33		Hemmnisse der Investitionstätigkeit
34–41		Aktuelle Themen im Kommunalmonitor
42–43	Interview mit Dr. Carsten Rieder – Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Gemeinde- und Städtebundes	
46–47		Fazit
48–49		Methode & Impressum

Foto: *Ilmtalbrücke*
bei Langewiesen

TH
A
E
Z

www.aufbaubank.de/kommunalmonitor
Eine Studie im Auftrag der Thüringer Aufbaubank

f in »

VORWORT



*Foto: Die Thüringer Aufbaubank
in Erfurt*



Fünf Jahre Kommunalmonitor

„Kommunale Bedarfstrends auf den Punkt gebracht“ ist der Slogan unseres Kommunalmonitors. Dass Ihre Bedarfe auch ernst genommen werden, zeigt die Entwicklung unserer Kommunalberatung.

Im vergangenen Jahr wurde die Beratung der Thüringer Aufbaubank für die Kommunen in Thüringen als Gemeinschaftsinitiative des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales und der Thüringer Aufbaubank in eine neue vierjährige Projektlaufzeit überführt. Damit wurde die Pilotphase erfolgreich abgeschlossen und die Kommunalberatung ist nun zu unserer großen Freude ein fester Baustein unseres Angebotes für die Kommunen. Außerdem behauptete der mittlerweile fünfte Kommunalmonitor seinen festen Platz in der Jahresplanung der Thüringer Kommunen mit einer Rekordbeteiligung. Die Panelstudie unter Regie der TAB fragt seit 2019 jährlich unter anderem die Investitionsbedarfe und künftigen Handlungsfelder der Thüringer Kommunen ab. Ob Corona, Zinswende oder der Umbruch auf den Energiemärkten – die vergangenen fünf Jahre waren ereignisreich. Dies spiegelte

sich auch in den Antworten des jeweiligen Kommunalmonitors wider. Die Reaktionen auf diese Ereignisse und die Antworten auf „Dauerbrenner-Themen“ wie die aktuelle Gesamtsituation, der Bedarf an personellen Ressourcen oder die Hemmnisse für die Investitionstätigkeit generieren einen für alle Beteiligten wertvollen Datenbestand. Wir haben Ihnen die wichtigsten Erkenntnisse sowie Lösungsansätze als Best-Practice-Beispiele in der vorliegenden Broschüre aufbereitet. So bietet diese Publikation einen kompakten Überblick über die zentralen Herausforderungen für die Thüringer Kommunen in den nächsten Jahren.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Ihr



Matthias Wierlacher, Vorstandsvorsitzender der Thüringer Aufbaubank

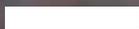


Foto: Erfurt

Resonanz in den Kommunen

Der Kommunalmonitor hat sich für Kommunen quer durch Thüringen als fester Bestandteil ihrer jährlichen Planung etabliert. Seit seinem Beginn im Jahr 2019 mit 77 teilnehmenden Kommunen* hat die Beteiligung fast jedes Jahr zugenommen. Die letzte Aus-

gabe verzeichnete mit 138 Rückmeldungen einen neuen Höchststand. Wir freuen uns über das Interesse der Kommunen, um mit möglichst hoher Repräsentativität die Lage in Thüringer Kommunen widerzuspiegeln.

* Unter dem Begriff „Kommunen“ subsumieren wir Gemeinden, Städte, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreise.



Anzahl teilnehmender Kommunen



Foto: Liebfrauenkirche
Arnstadt

FINANZIELLE SITUATION IN DEN KOMMUNEN



Um die finanzielle Lage zu bewerten, bitten wir die Teilnehmer, diese anhand der Schulnoten von 1 bis 5 einzuschätzen, was eine subjektive Einschätzung darstellt, die bewusst nicht an spezifische Kennzahlen gebunden ist. Dabei ergibt sich durchschnittlich eine Bewertung, die einer 4 entspricht, was auf eine insgesamt „ausreichende“ Gesamtfinanzsituation hinweist. Diese Bewertungsspanne ist konsistent mit anderen Ergebnissen des Kommunalmonitors.

Eine spezifische Ursache für die wahrgenommene Finanzsituation – sei es durch unzureichende Zuweisungen, geringe Steuereinnahmen oder ein Ungleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen – lässt sich daraus allerdings nicht direkt ableiten. Gleichwohl weisen die Ergebnisse auf eine gewisse Krisenresilienz hin, da sich die Gesamtfinanzlage trotz der zum Teil erheblichen Auswirkungen aus der Corona-Pandemie, aber auch der Energiekrise nicht verschlechtert hat.

Die Landkreise zeigen eine konstante Einschätzung ihrer Finanzlage als „ausreichend“, ähnlich wie im Jahr 2019, obwohl es zwischendurch zu einer Tendenz hin zu einer „befriedigenden“ Bewertung kam. Aktuell findet sich kein Landkreis, der seine Finanzen als „sehr gut“ bewertet, und mehr als ein Drittel stuft sie als „mangelhaft“ ein.

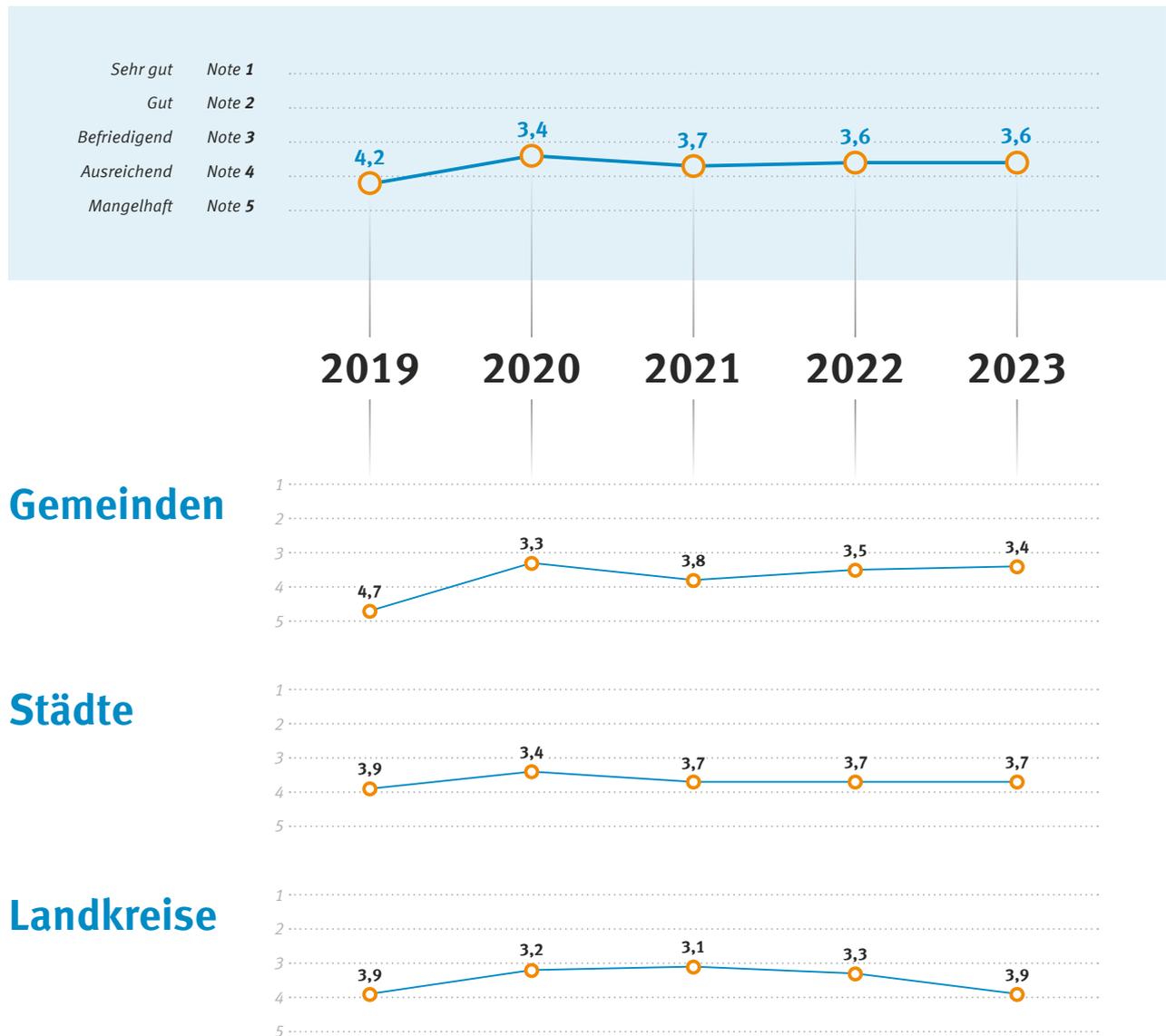
Die Gemeinden haben seit 2019 eine positive Entwicklung erlebt, wobei der aktuelle Mittelwert eine Tendenz zur „befriedigenden“ Finanzlage zeigt. Fast zwei Drittel der Gemeinden bewerten ihre Situation als „ausreichend“ bis „befriedigend“, und jede fünfte Gemeinde sieht sie sogar als „gut“ an. Die Städte hingegen haben seit 2021 eine Einschätzung, die der der Landkreise ähnelt, ohne die gleichen Schwankungen zu erfahren.

Finanzielle Situation in den Kommunen

Wie schätzen die Thüringer Kommunen
ihre eigene finanzielle Situation ein?

Alle Kommunen

Mittelwerte | seit 2022 werden diese Daten in Verwaltungsgemeinschaften nicht mehr erhoben



Kommunen in Haushaltssicherung

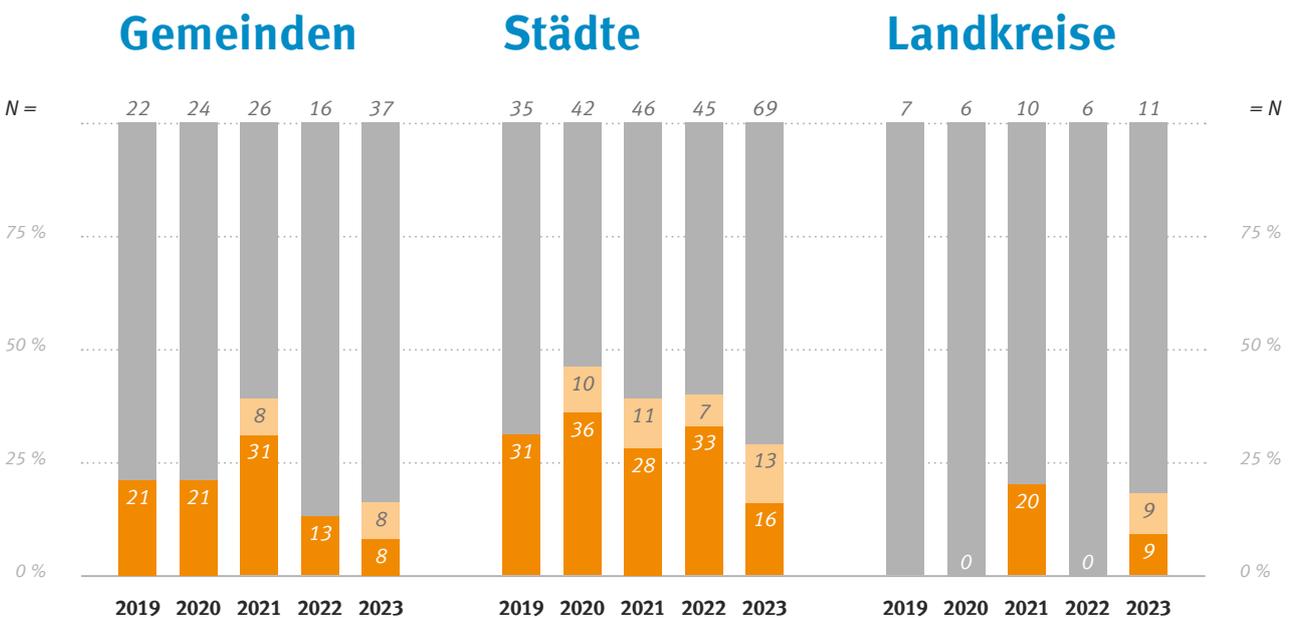
Aus den Zahlen zur Haushaltssicherung lassen sich nur bedingt Rückschlüsse auf die Situation der Kommunen ziehen.

Über die letzten fünf Jahre betrachtet, lässt sich ein leichter Rückgang des Anteils von Gebietskörperschaften erkennen, die sich in Haushaltssicherung befinden.

Dieser Trend könnte allerdings auch durch Schwankungen beeinflusst sein, die darauf basieren, wie das Verhältnis der Kommunen mit und ohne Haushaltssicherung ist, die an der Umfrage teilgenommen haben.

Anteil der Gemeinden, Städte und Landkreise mit Haushaltssicherungskonzept

■ = angeordnetes HSK ■ = freiwilliges HSK (2019 nicht abgefragt) ■ = keine Angabe Angaben in Prozent



„Stück für Stück, auch mit Hilfe vom Bund, muss was gegen den Investitionsstau getan werden.“

*Foto: Veste Wachsenburg
bei Holzhausen*



Thüringer Aufbaubank:

Wie unterstützt der Kommunalmonitor Ihre politische Arbeit?

Katharina Schenk: Der Kommunalmonitor ist eine wunderbare Datengrundlage für uns. Wir führen im Kommunalministerium auch unsere Statistiken, die wir bemühen, um unsere Gesetze fortzuschreiben und zu entwickeln. Der Kommunalmonitor hat durch den Frage-

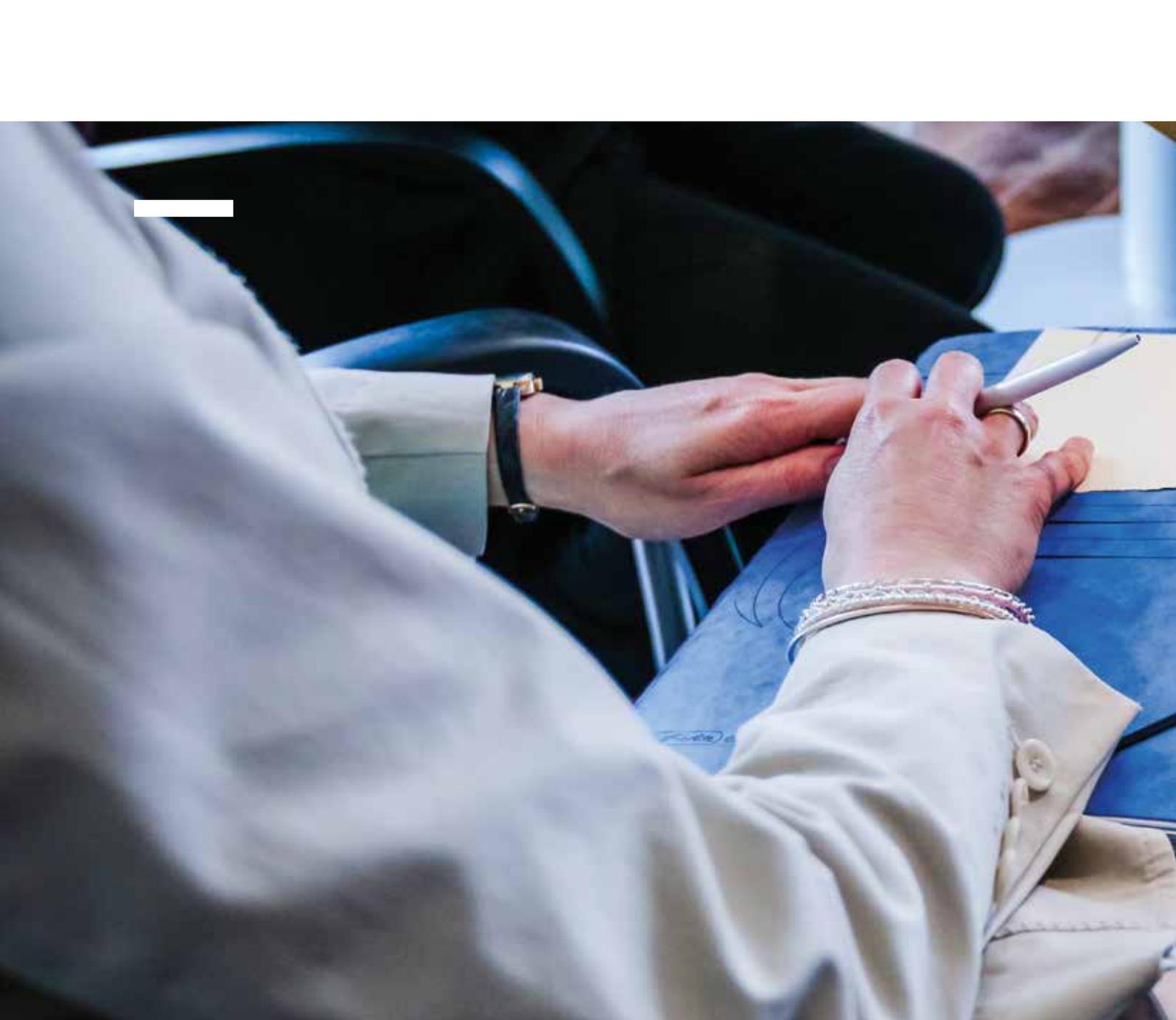
bogen aber einen viel direkteren Zugang zur kommunalen Familie. Durch den enorm gesteigerten Rücklauf sieht man die Wertschätzung und dass die Kommunen gerne darauf antworten.

*Zum vollständigen Video-Interview mit Katharina Schenk, auch zur Frage, welche Maßnahmen die Landesregierung basierend auf den Ergebnissen des Kommunalmonitors bereits ergriffen hat, geht's über den **QR-Code**.*

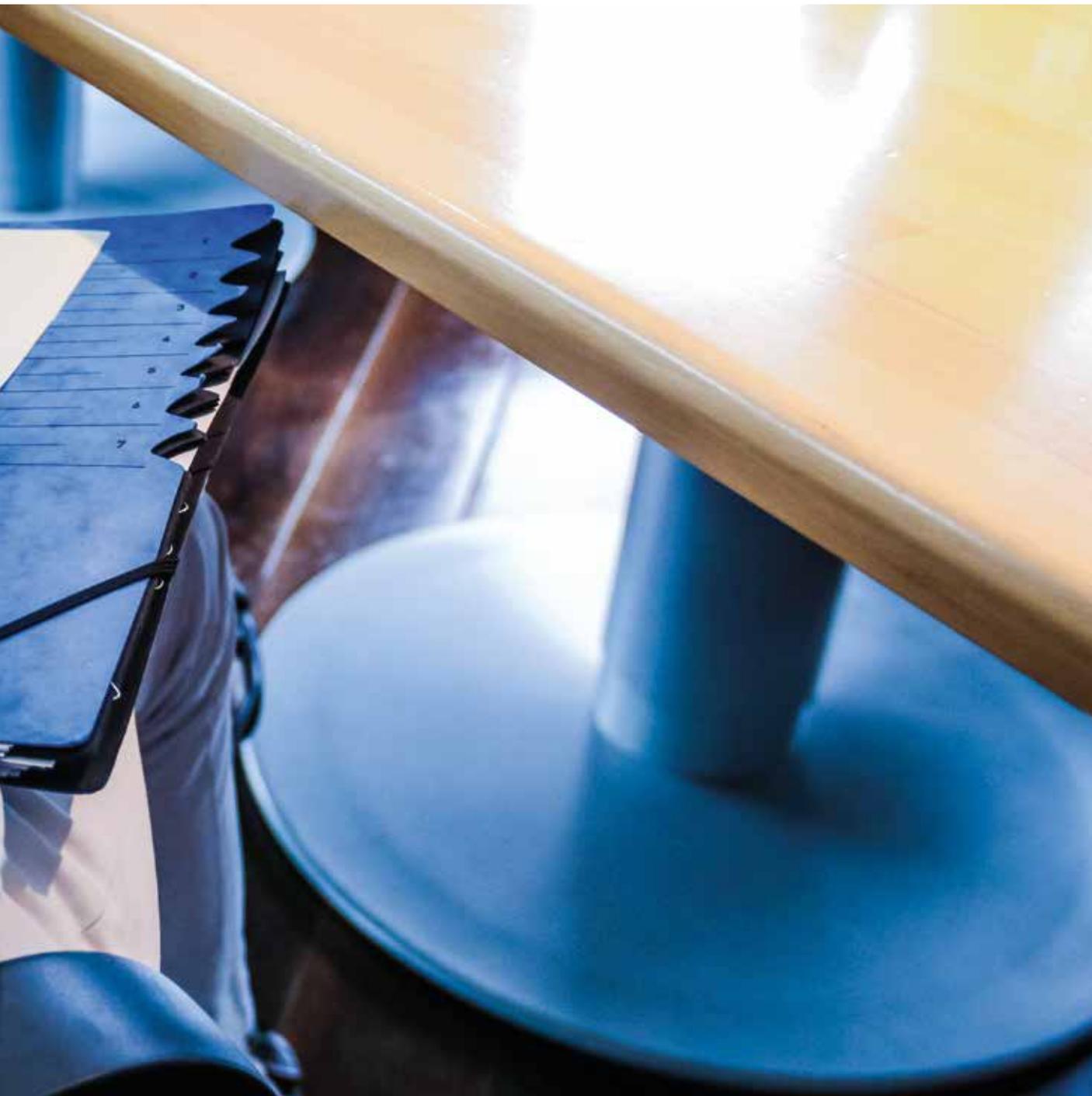


– **Katharina Schenk,**

die Staatssekretärin für Kommunales im Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales, spricht im Interview über die Bedeutung des Thüringer Kommunalmonitors als wichtige Datengrundlage und die Hintergründe für den Start des Gemeinschaftsprojektes mit der Thüringer Aufbaubank.



BEDARF AN PERSONELLEN RESSOURCEN



Qualifiziertes Personal gesucht

Das Thema „Personelle Ressourcen“ ist auch im öffentlichen Sektor von zentraler Bedeutung. Generell besteht die Notwendigkeit, vakante Stellen neu zu besetzen, insbesondere wenn bisherige Stelleninhaber in den Ruhestand treten. Zudem ist eine zunehmende Fluktuation zu beobachten, da es seltener vorkommt, dass Mitarbeit-

er ihr gesamtes Berufsleben bei einem Arbeitgeber verbringen. Angesichts neuer Herausforderungen, die auf die Kommunen zukommen, wird auch außerhalb der traditionellen Verwaltungslaufbahnen nach qualifiziertem Personal gesucht. Dieses Thema wird die Kommunen daher weiterhin intensiv beschäftigen und fordern.

Personalbedarf in den nächsten drei Jahren

Der Bedarf an zusätzlichem Personal bleibt in strategischen Handlungsfeldern bestehen, insbesondere bei der Digitalisierung, die nach wie vor hohe Priorität genießt. Obwohl die Nachfrage nach geeignetem Personal in den Kommunen seit 2022 leicht zurückgegangen ist, bleibt sie mit 71 Prozent im Vergleich zu anderen Bereichen am stärksten ausgeprägt. Besonders bemerkenswert ist der sprunghafte Anstieg des Personalbedarfs im Bereich Klimaschutz, wo jetzt 52 Prozent der Kommunen einen erhöhten Bedarf melden.

Die ermittelten Daten zu den personellen Ressourcen spiegeln die dynamischen Entwicklungen in den Kommunen wider, wobei die Befragung stets den Bedarf für die kommenden drei Jahre fokussiert. Während zu Beginn der Erhebung interkommunale Zusammenarbeit und Gemeindegemeinschaften im Fokus standen, dominieren nun Digitalisierung und Klimaschutz die Agenda.

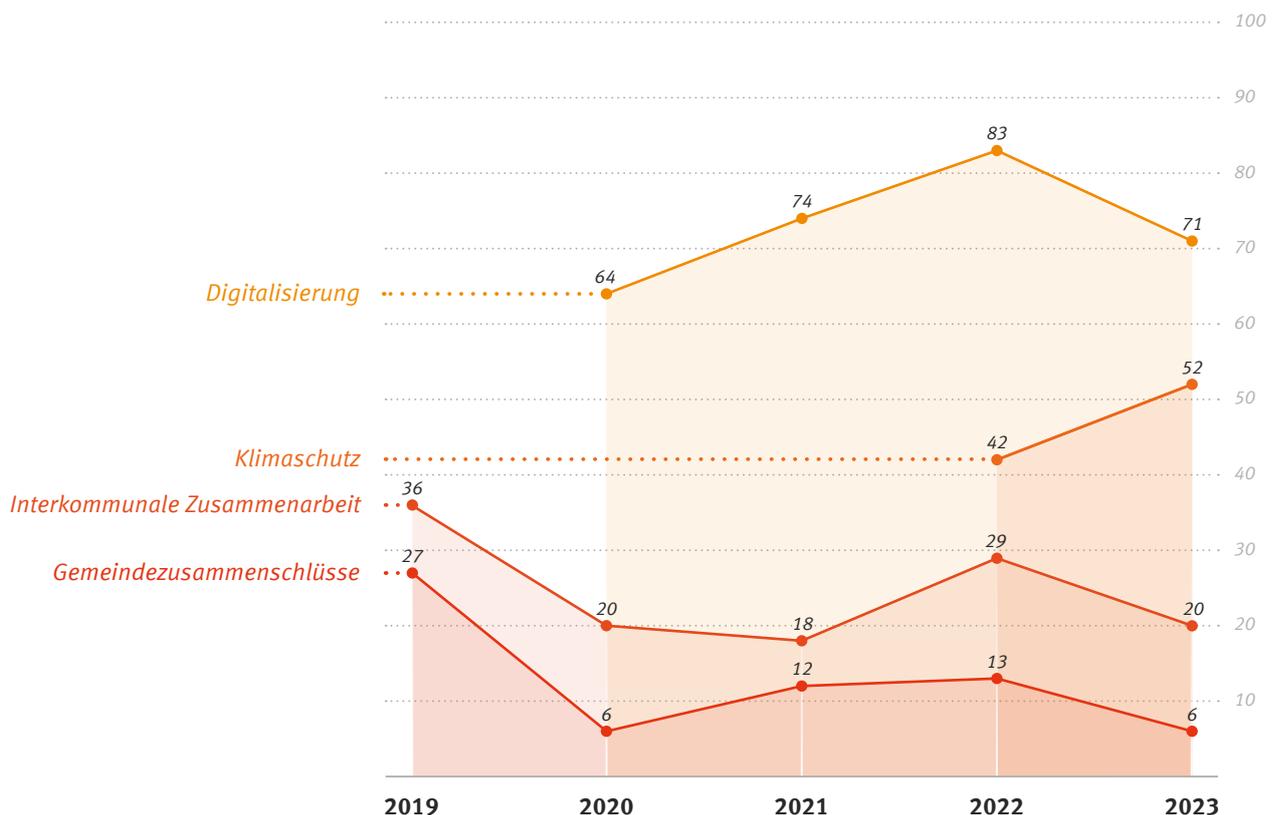
In der Finanzverwaltung bleibt die Integration und das Controlling von Fördermitteln ein kontinuierliches Thema. Die Umsetzung des § 2b UStG

ist derzeit von hoher Bedeutung, wird aber voraussichtlich nach seiner vollständigen Einführung bis spätestens 01.01.2025 an Dringlichkeit verlieren. Im Bereich der Investitionen bleiben Themen wie Investitionsplanung und Wirtschaftlichkeitsprüfung relativ konstant, während der Anstieg im Gebäudemanagement teilweise auf die steigenden Energiekosten zurückzuführen ist. Zudem spielen die begrenzten Kapazitäten bei den Planungsbüros eine entscheidende Rolle für die Herausforderungen bei der Projektumsetzung.

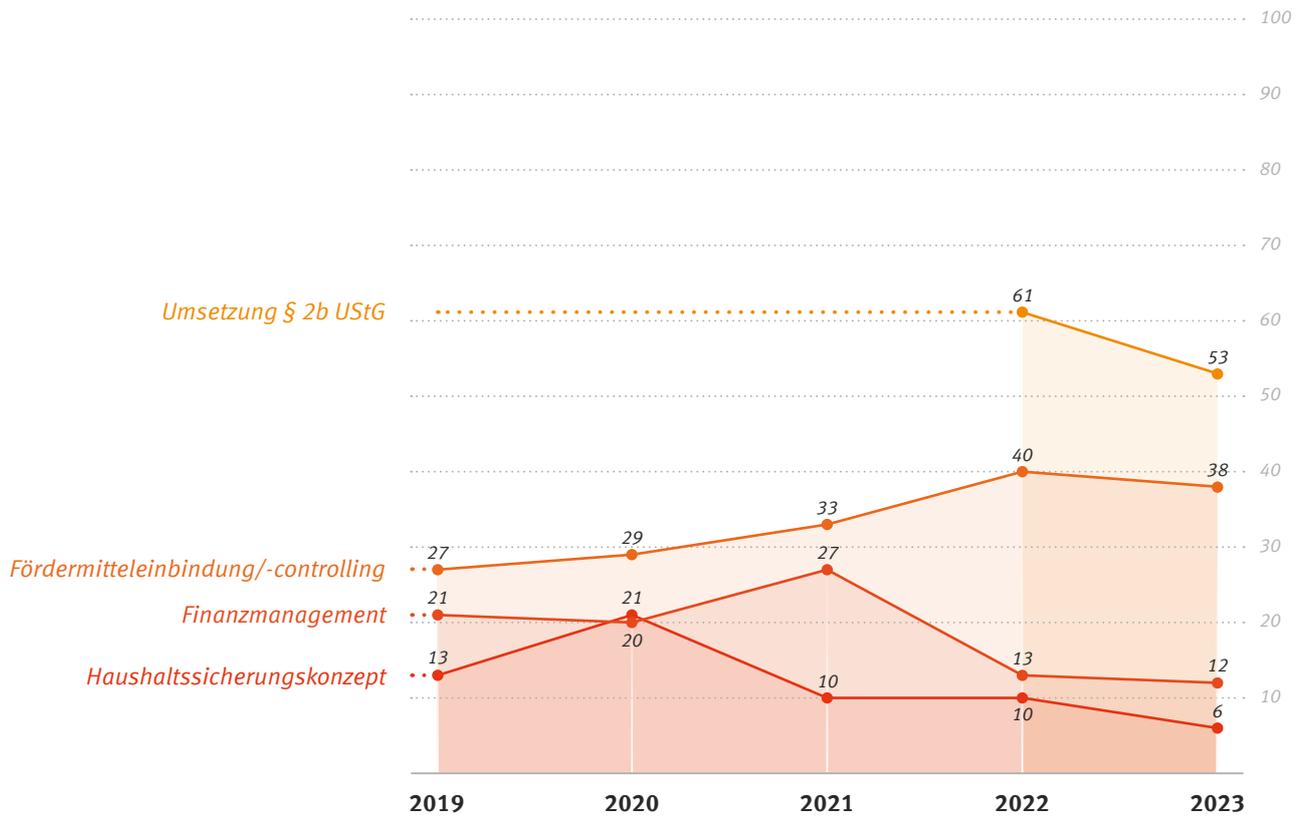
In welchen Bereichen werden in den nächsten drei Jahren zusätzliche personelle Ressourcen gebraucht?

Angaben in Prozent

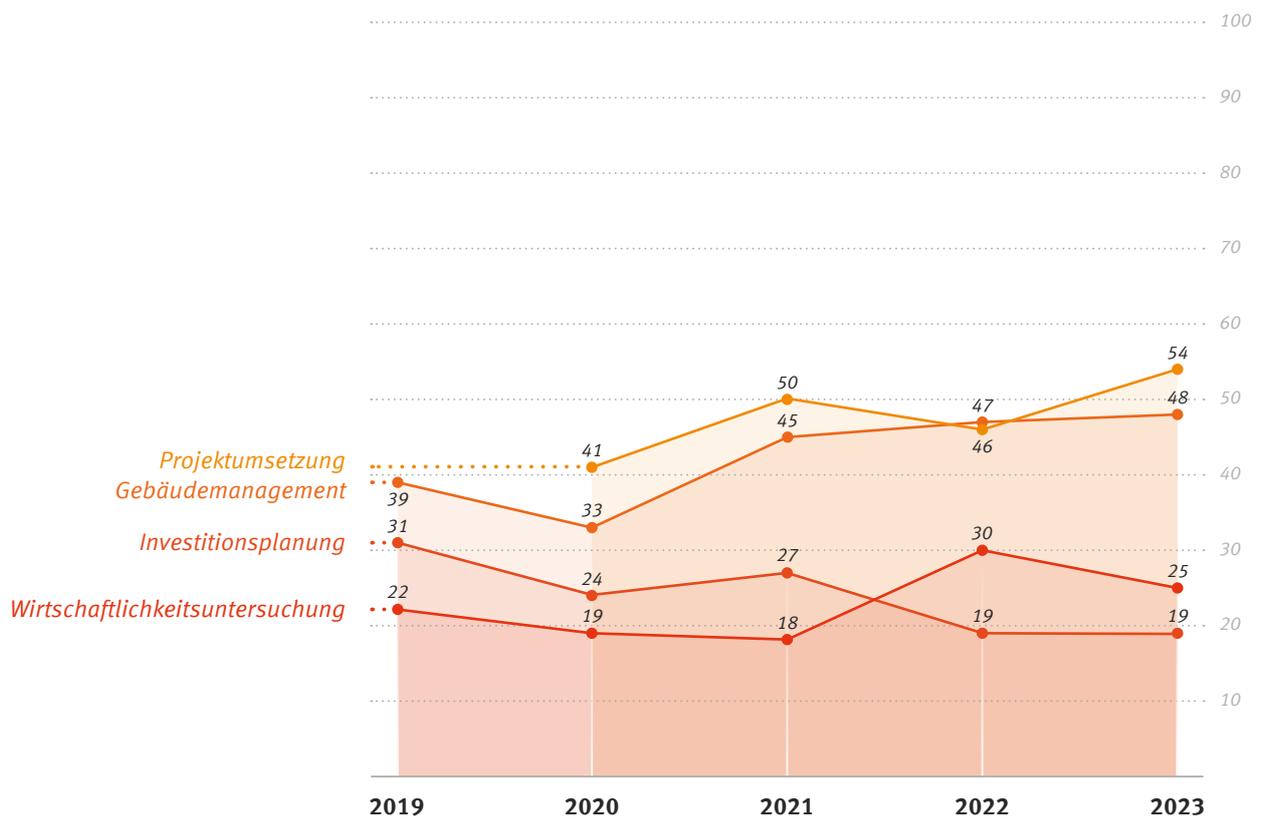
Strategischer Bereich



Finanzverwaltung



Investitionsbereich



Im Gespräch mit Peggy Greiser



Im Interview erzählt Peggy Greiser, Landrätin für den Landkreis Schmalkalden-Meiningen, wie sie Fördermittel einbindet, um ambitionierte Klimaschutzziele in ihrem Landkreis zu erreichen.

Thüringer Aufbaubank: Frau Greiser, Ihr Landkreis setzt sich stark für Klimaschutz und erneuerbare Energien ein. Können Sie uns Ihre Ziele in diesem Bereich erläutern?

Peggy Greiser: Selbstverständlich. Unsere Ambitionen im Klimaschutz und bei den erneuerbaren Energien sind breit gefächert. Wir zielen darauf ab, Kosten zu senken, Ressourcen zu schonen und den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Als öffentliche Hand möchten wir eine Vorreiterrolle übernehmen und uns aktiv für den Klimaschutz engagieren.

Thüringer Aufbaubank: Wie bewerten Sie Ihre Erfahrungen mit dem „KlimalInvest“-Förderprogramm der Thüringer Aufbaubank?

Peggy Greiser: Unsere Erfahrungen mit „KlimalInvest“ sind größtenteils sehr positiv. Das Programm ergänzt andere Förderangebote hervorragend und zeichnet sich durch eine vergleichsweise einfache Antragsstellung aus. Einziger Wermutstropfen ist die Bearbeitungsdauer von neun bis zehn Monaten.

Thüringer Aufbaubank: Hätten Sie bestimmte Investitionen auch ohne die Fördermittel umgesetzt?

Peggy Greiser: Ja, in einigen Fällen, besonders bei notwendigen Sanierungen, wo beispielsweise der Einsatz

von LED-Leuchten ohnehin geplant war. Dennoch ist es für uns und den Kreistag entscheidend, Fördermittel zu nutzen, um Projekte voranzutreiben.

Thüringer Aufbaubank: Welche anderen Förderprogramme nutzen Sie noch?

Peggy Greiser: Wir greifen neben „KlimalInvest“ auf verschiedene Programme zurück, darunter die Kommunalrichtlinie des Bundesumweltministeriums, die BEG EM-Richtlinie des Bundeswirtschaftsministeriums und den Thüringer Klimapakt.

„Unsere Ambitionen im Klimaschutz und bei den erneuerbaren Energien sind breit gefächert.“

Thüringer Aufbaubank: *Wie organisieren Sie das Fördermittelmanagement im Landratsamt?*

Peggy Greiser: Der Aufwand für die Abwicklung der Förderanträge ist enorm. Wir haben ein Team aus drei Personen, das sich die Arbeit teilt: Technische Aufbereitung, Fördermittelbearbeitung und administrativer Support. Trotz dieser Aufteilung sind die Kapazitätsgrenzen erreicht.

Thüringer Aufbaubank: *Welche Projekte würden Sie anderen Kommunen empfehlen?*

Peggy Greiser: Besonders stolz sind wir auf unser saniertes Verwaltungsgebäude in Meiningen, das durch energetische Maßnahmen und eine PV-Anlage effizienter geworden ist. Auch die Grund- und Regelschule „Am Pulverrasen“ in Meiningen, mit ihrem digitalen Wärmemanagement, und die Umstellung auf LED in einer Mehrzweckhalle in Steinbach-Hallenberg sind beispielhafte Projekte, die auch für andere interessant sein könnten.

Thüringer Aufbaubank:

Wir danken Ihnen für das Gespräch.



Bild:
Auf dem Dach des Henfling-Gymnasiums Meiningen
sorgt eine PV-Anlage für Energie.

BEDARF AN INVESTITIONS- MITTELN

Top Ten der Investitionsbedarfe in Gemeinden, Städten und Verwaltungsgemeinschaften

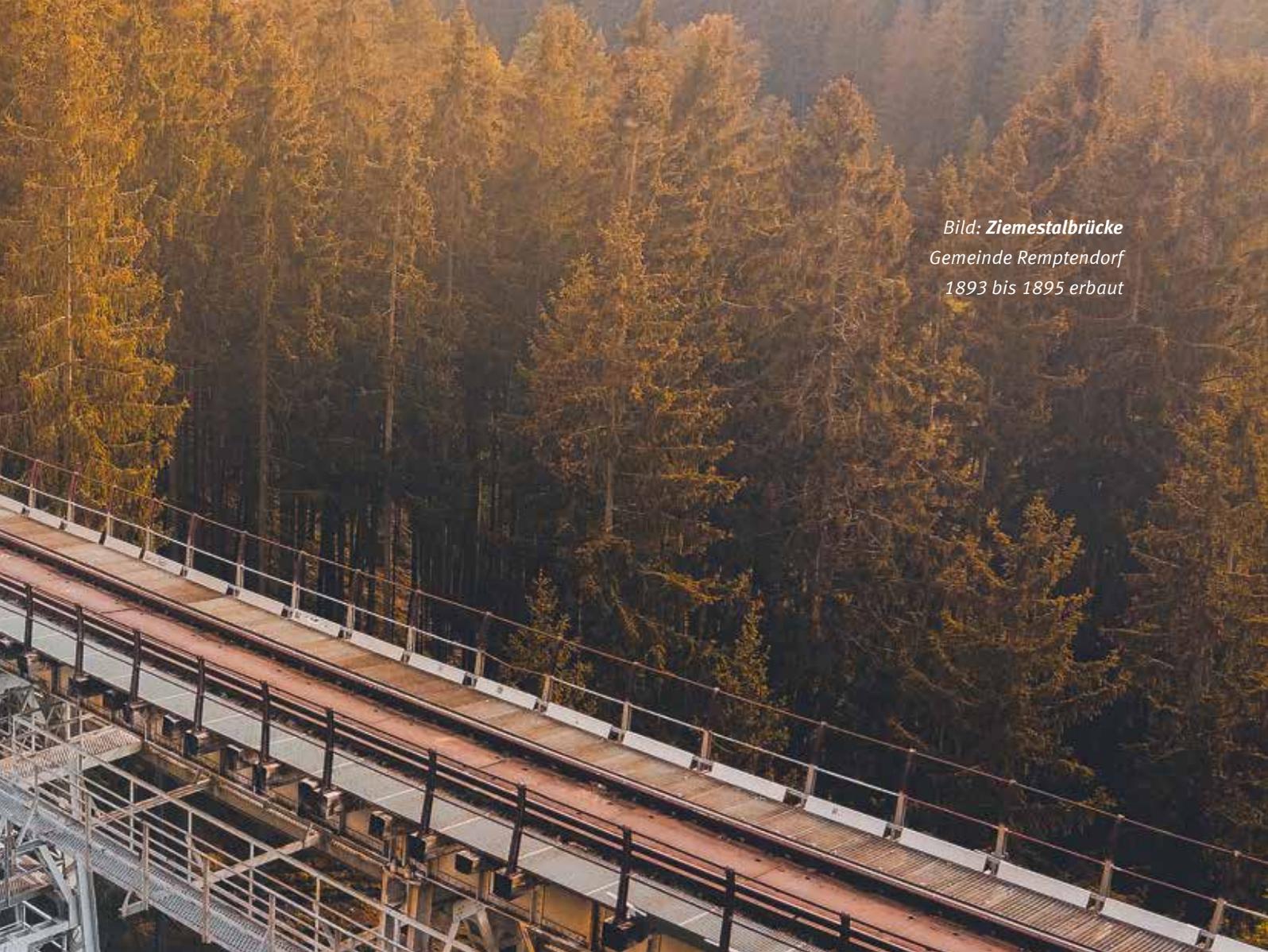
An der Spitze der Top Ten der Investitionsbedarfe mit hoher Priorität in den Gemeinden, Städten und Verwaltungsgemeinschaften hat sich seit 2019 nichts geändert: „Verkehrsinfrastruktur“, „Verwaltungsdigitalisierung“ und „Brandschutz“ bleiben die wichtigsten Investitionsfelder. Diese belegen die Plätze eins bis drei mit einem aktuellen Anteil zwischen 54 und 66 Prozent aller befragten Gemeinden, Städte und Verwaltungsgemeinschaften. Lediglich „Verwaltungsdigitalisierung“ und „Brandschutz“ wechseln in diesem Jahr die Plätze. Das erste Mal in die Befragung aufgenommen haben wir das Investitionsfeld „Erneuerbare Energien zur Strom- und Wärmeversorgung“. Es belegt mit einem Anteil

von 51 Prozent Platz vier. Das Investitionsfeld „Sportstätten und Bäder“ rückt wieder stärker in den Fokus der Investitionsbedarfe: 2023 geben das 39 Prozent der befragten Kommunen an. Im Vorjahr waren es nur 25 Prozent, obwohl es mit 42 Prozent in 2021 schon einmal größere Bedeutung hatte.

Stadt- und Quartiersentwicklung hat im Vergleich zu 2021 leicht an Bedeutung verloren. „Verwaltungsgebäude“ haben als Investitionsfeld mit einem Anteil von 32 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (41 Prozent) ebenfalls an Bedeutung verloren und liegen nun wieder etwa auf dem Niveau von 2021 (35 Prozent). Ein ähnliches Bild ergibt

sich für den „Hochwasserschutz“. Die Investition in „Kindertagesstätten“ rückt über die Jahre 2021 bis 2023 auch allmählich in den Hintergrund und liegt nun bei einem Anteil von 28 Prozent aller befragten Gemeinden, Städte und Verwaltungsgemeinschaften.

Der „Ausbau der Breitbandversorgung“ ist vielen Kommunen über die letzten drei Jahre weniger wichtig geworden. Nur noch 28 Prozent rechnen dem „Ausbau der Breitbandversorgung“ eine hohe Priorität in ihrer Investitionstätigkeit zu, in den Vorjahren sahen hier 37 bzw. 38 Prozent hohe Priorität.



*Bild: Ziemestalbrücke
Gemeinde Remptendorf
1893 bis 1895 erbaut*

Höchste Wichtigkeit für Landkreise

Für die meisten Landkreise bleiben die Investitionen in Verwaltungsdigitalisierung seit drei Jahren prioritär, mit über 80 Prozent Zustimmung in 2022 und 2023. Während die Schulinvestitionen, die 2021 und 2022 noch auf dem zweiten Platz waren, 2023 von der Verkehrsinfrastruktur überholt wurden, die nun von 73 Prozent der Landkreise priorisiert wird. Die Schulen sind jetzt auf Platz vier (64 Prozent) gleichauf mit Verwaltungsgebäuden, die 73 Prozent Zustimmung erhalten.

Das Investitionsfeld „Erneuerbare Energien zur Strom- und Wärmeversorgung“ wurde neu in die Befragung aufgenommen und erreicht mit 46 Prozent

Platz fünf. Der Straßenpersonennahverkehr und die Breitbandversorgung haben an Priorität verloren, wobei die Zustimmung von einst 50 Prozent auf 36 Prozent bzw. von 70 Prozent auf 27 Prozent sank.

Kulturelle Investitionen gewinnen hingegen an Bedeutung. Sie sind von 10 Prozent in 2021 auf 27 Prozent angestiegen.

Kreditfonds als Lösungsansatz

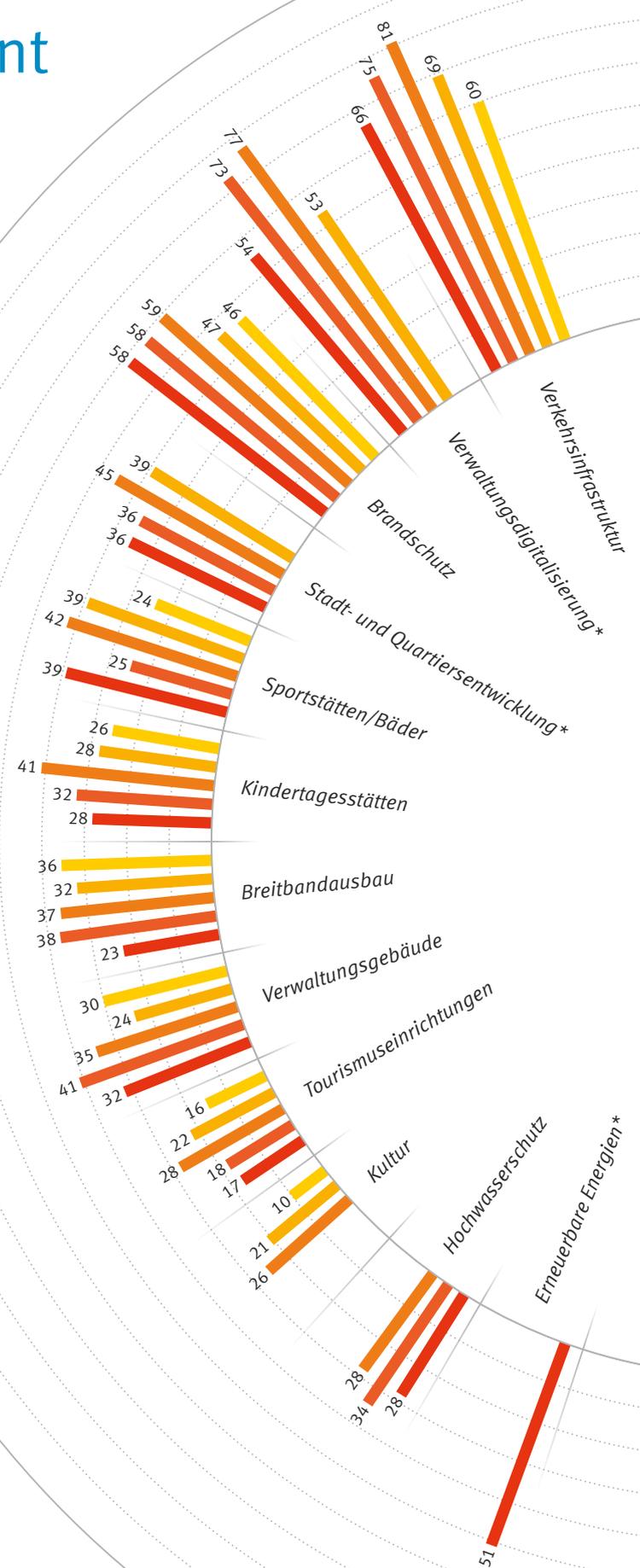
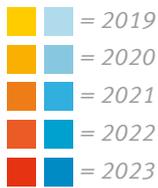
2022 gaben die Kommunen mit einer Zweidrittelmehrheit an, dass ein revolvingender Kreditfonds ein sinnvoller Lösungsansatz sein kann, um über zinsverbilligte Kredite die notwendigen Eigenanteile zur Umsetzung von Investitionen zu finanzieren. In 2023 bestätigten die Kommunen diese Forderung und meldeten eine notwendige Inanspruchnahme bereits in 2024.

Fünfjahreshorizont Investitions- mittelbedarf

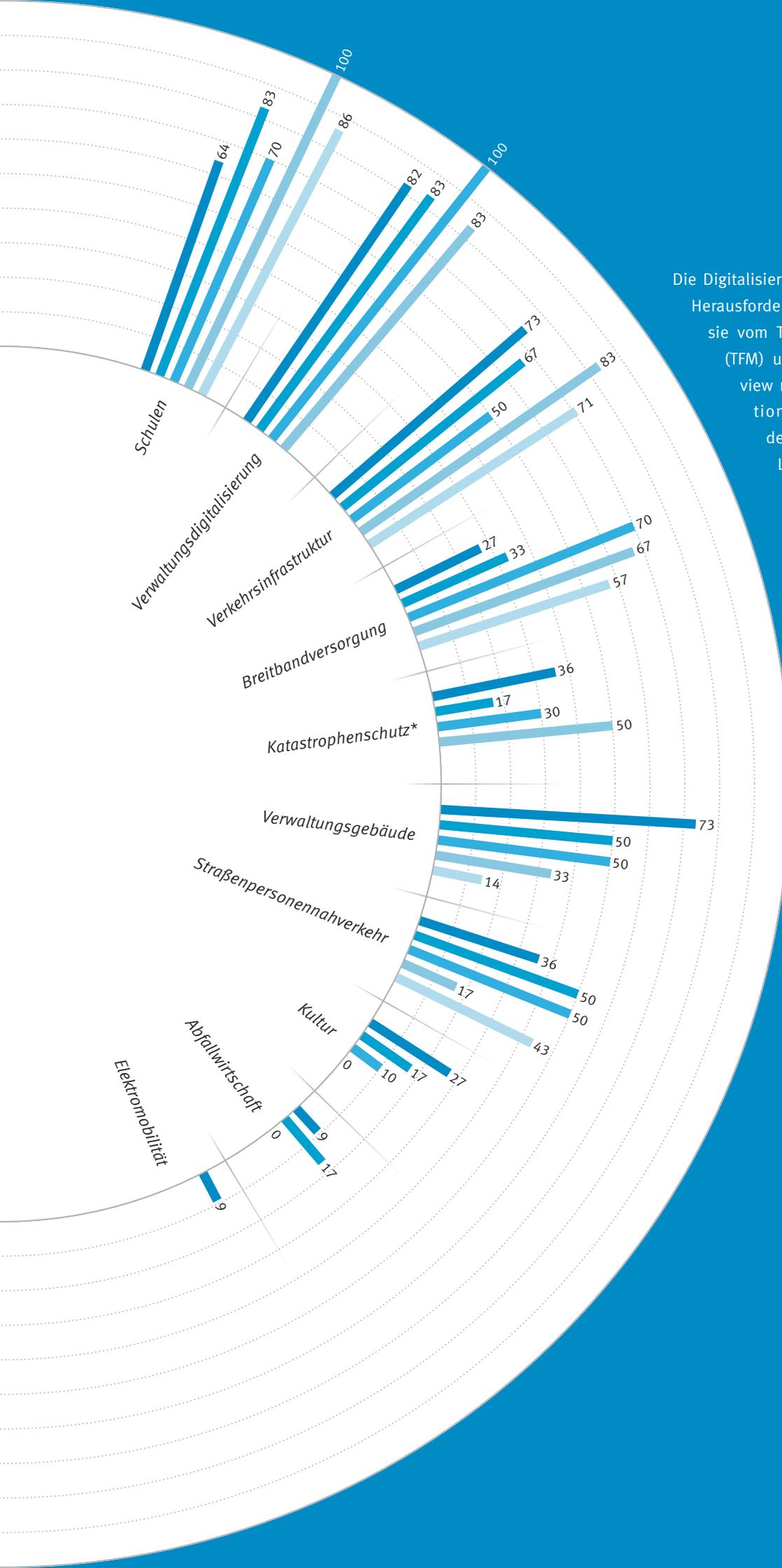
Hohe Wichtigkeit – TOP TEN

Angaben in Prozent

* wurde 2023 erstmals gefragt



Gemeinden, Städte und
Verwaltungsgemeinschaften



Die Digitalisierung der Verwaltung ist eine Herausforderung für Kommunen, bei der sie vom Thüringer Finanzministerium (TFM) unterstützt werden. Im Interview mit Holger Hartwig, Informationssicherheitsbeauftragter des Freistaates Thüringen, und Linda-Louise Harzer vom TFM, sprechen wir über interkommunale Zusammenarbeit im Kontext der Digitalisierung und Unterstützungsangebote für E-Government-Dienste.



Linda-Louise Harzer & Holger Hartwig

vom Thüringer Finanzministerium, im Gespräch
mit Dr. Volker Schaedel über Digitalisierung
in Thüringer Kommunen

Bild:
Straßennetz von Gera

„Digitalisierung ist ein komplexes Puzzle. Um Medienbrüche zu vermeiden und die IT-Vielfalt zu überwinden, bieten wir den Kommunen gezielte Unterstützung an.“

— Linda-Louise Harzer

Dr. Volker Schaedel:

Herr Hartwig, als Referatsleiter und Informationssicherheitsbeauftragter des Freistaats Thüringen sind Sie tief in die Digitalisierung der Kommunalverwaltung involviert. Können Sie uns einen Einblick in die Rolle des Thüringer Finanzministeriums (TFM) bei diesem Prozess geben?

Holger Hartwig:

Gerne. Das TFM unterstützt die Kommunen beim Ausbau zentraler und einheitlicher digitaler Angebote. Ein wesentlicher Bestandteil ist dabei die Unterstützung bei der Implementierung von Antragsstrecken in ThAVAL, einem bereits etablierten, aber noch zu wenig genutzten Online-Portal für Verwaltungsdienstleistungen. Für das Haushaltsjahr 2023 haben wir über eine Million Euro bereitgestellt, um die Nutzung von ThAVAL in den Kommunen zu fördern, das System auszubauen und an ihre spezifischen Bedürfnisse anzupassen. Insgesamt stehen zehn Millionen Euro zur Förderung der Kommunen zur Verfügung. Wir möchten die Kommunen ermutigen, Schritt für Schritt ihre Scheu vor der Digitalisierung zu verlieren, ohne sie dabei zu überfordern.

Dr. Volker Schaedel:

Welche Herausforderungen sehen Sie aktuell für die Kommunen in der Digitalisierung?

Linda-Louise Harzer:

Die Hauptherausforderungen liegen in der Komplexität der Verwaltungsdigitalisierung, der Nutzbarkeit von digitalen Angeboten, der End-to-End-Digitalisierung und natürlich in den Bereichen Datenschutz und IT-Sicherheit.

Dr. Volker Schaedel:

Welche praktischen Tipps können Sie den Kommunen aus Ihren Erfahrungen mitgeben?

Holger Hartwig:

Ein einheitliches Vorgehen und die Bildung von interkommunalen Kooperationen sind unverzichtbar. Thüringen hat bereits erfolgreiche Kooperationen von Gemeinden finanziell unterstützt, wie beispielsweise das E-Government-Serviceteam der Landkreise Nordhausen, Kyffhäuserkreis und Unstrut-Hainich. Wichtig sind auch Schulungen für Mitarbeiter und die Nutzung vorhandener Hilfsangebote.

Dr. Volker Schaedel:

Könnten Sie uns einen Überblick über den Stand der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) in Thüringen geben?

Linda-Louise Harzer:

Sicher, bis zum 24. Januar 2024 planen wir, 210 Online-dienste in Thüringen bereitzustellen. Zusätzlich sind wir Teil der bundesweiten Initiative „Einer-für-Alle“. Dabei beteiligen wir uns an sieben Nachnutzungsprojekten, die sich aktuell in der Umsetzungsphase befinden. Dieser Ansatz ermöglicht es uns, für ähnliche Anforderungen einheitliche Lösungen auf Bund- und Länderebene zu entwickeln, anstatt dass jede Verwaltung individuell vorgeht.

Holger Hartwig:

Es ist wichtig zu betonen, dass die Digitalisierung eine kontinuierliche Aufgabe ist. Wir müssen stets vorausdenken. Die Prozesse verbessern sich ständig, und mit neuen Gesetzen kommen auch neue Herausforderungen in der Umsetzung. Dies wird uns in den nächsten Jahren intensiv beschäftigen. Wir müssen bedenken, dass die Umsetzung von Gesetzen mit der technologischen Entwicklung und der Gesetzgebung Schritt halten muss.

Dr. Volker Schaedel:

Frau Harzer, könnten Sie uns erläutern, welche spezifischen Aufgaben die Kommunen im Rahmen der OZG-Umsetzung übernehmen müssen?

Linda-Louise Harzer:

Die Kommunen tragen die Verantwortung für die Digitalisierung ihrer eigenen Satzungsleistungen. Zudem werden Leistungen im übertragenen Wirkungskreis unter der Leitung des jeweils zuständigen Ressorts digitalisiert. Das umfasst auch Leistungen, die im eigenen Wirkungskreis der Kommunen liegen und auf Bundesgesetzen basieren. In unserem mehrstufigen Verwaltungssystem ist es vorteilhaft, wenn nicht jede Kommune isoliert handelt, sondern das Land konkrete Handlungsvorschläge unterbreitet. Wir beobachten, dass die Kommunen diese Unterstützung sehr schätzen. Ein reger Austausch untereinander ist ebenfalls wichtig und trägt zur Verbesserung der Zusammenarbeit bei.



Dr. Volker Schaedel

*Referent im Bereich Kommunalberatung /
Öffentliche Kunden und Wohnungswirtschaft
der Thüringer Aufbaubank*

Linda-Louise Harzer

Referentin des Finanzministeriums

***Kommunale Zusammenarbeit
ist das A und O der Digitali-
sierung. Nur gemeinsam
können wir die Digitalisierung
wirklich auf die Straße
bringen und in den
Alltag integrieren.***

— Holger Hartwig

Dr. Volker Schaedel:

*Herr Hartwig, wie wichtig ist die interkommunale
Zusammenarbeit im Kontext der Digitalisierung?*

Holger Hartwig:

Die interkommunale Zusammenarbeit ist absolut grundlegend. Sie ermöglicht es uns, einheitliche digitale Angebote zu entwickeln und bestehende Prozesse nicht nur zu digitalisieren, sondern auch zu optimieren. Diese Art der Zusammenarbeit trägt wesentlich zur behördenübergreifenden IT-Koordinierung und Standardisierung bei. Ein weiterer entscheidender Vorteil ist die Möglichkeit zur Personaleinsparung, was für den langfristigen Betrieb dieser Systeme unerlässlich ist. Insgesamt hilft die interkommunale Kooperation dabei, effiziente und



Holger Hartwig
*Informationssicherheitsbeauftragter
des Freistaats Thüringen*

ThAVEL

Thüringer Antragssystem für Verwaltungsleistungen

ThAVEL, das „Thüringer Antragssystem für Verwaltungsleistungen“, ist ein Online-Portal der Thüringer Landesverwaltung für verschiedene digitale Verwaltungsdienstleistungen. Es vereinfacht den Zugang zu E-Government-Diensten wie E-Payment und Servicekonten. Weitere Informationen finden Sie unter ThAVEL-Portal.



Dr. Volker Schaedel:

Herr Hartwig, könnten Sie uns einen Einblick geben, wie eine Beratung durch Ihr Team aussieht? Wann sollten sich die Kommunen an Sie wenden?

nachhaltige Strukturen zu schaffen.

Holger Hartwig:

Natürlich. Unsere Beratungen fokussieren sich darauf, wie Digitalisierung sowohl gegenüber den Bürgern als auch innerhalb der Verwaltung umgesetzt werden kann. Es geht hierbei nicht um den einfachen Austausch von Technik. Nehmen wir beispielsweise ein Antragsverfahren, das online abgewickelt werden soll, wie etwa Baumfällgenehmigungen oder Brauchtumsfeuer-Anmeldungen. Ziel ist es, solche Prozesse zu digitalisieren, sodass sowohl Bürger als auch Verwaltung Zeit und Aufwand sparen. Es handelt sich also um weit mehr als nur das Einscannen eines Word-Dokuments; es geht um eine tiefgreifende Transformation der Verwaltungsprozesse. Kommunen sollten sich an uns wenden, wenn sie solche Digitalisierungsprozesse planen und dabei

Dr. Volker Schaedel:

Frau Harzer, können Sie uns sagen, wo Kommunen in Thüringen zusätzliche Unterstützung für ihre Digitalisierungsbemühungen finden?

eine effiziente und bürgerfreundliche Lösung anstreben.

Linda-Louise Harzer:

In Thüringen unterstützt die KIV (Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH) als zentraler IT-Dienstleister die Kommunen umfassend. Die KIV berät nicht nur, sondern stellt auch einheitliche Lösungen bereit. Aktuell befindet sich die KIV im Aufbau mit dem Ziel, den gesamten IT-Bedarf der Kommunen abzudecken. Wir sind noch mitten im Prozess und haben unser Ziel noch nicht vollständig erreicht, aber wir sind auf einem guten Weg dorthin.

Dr. Volker Schaedel:

Ich danke Ihnen für das Gespräch.

— Thüringer Aufbaubank | 26.01.2024

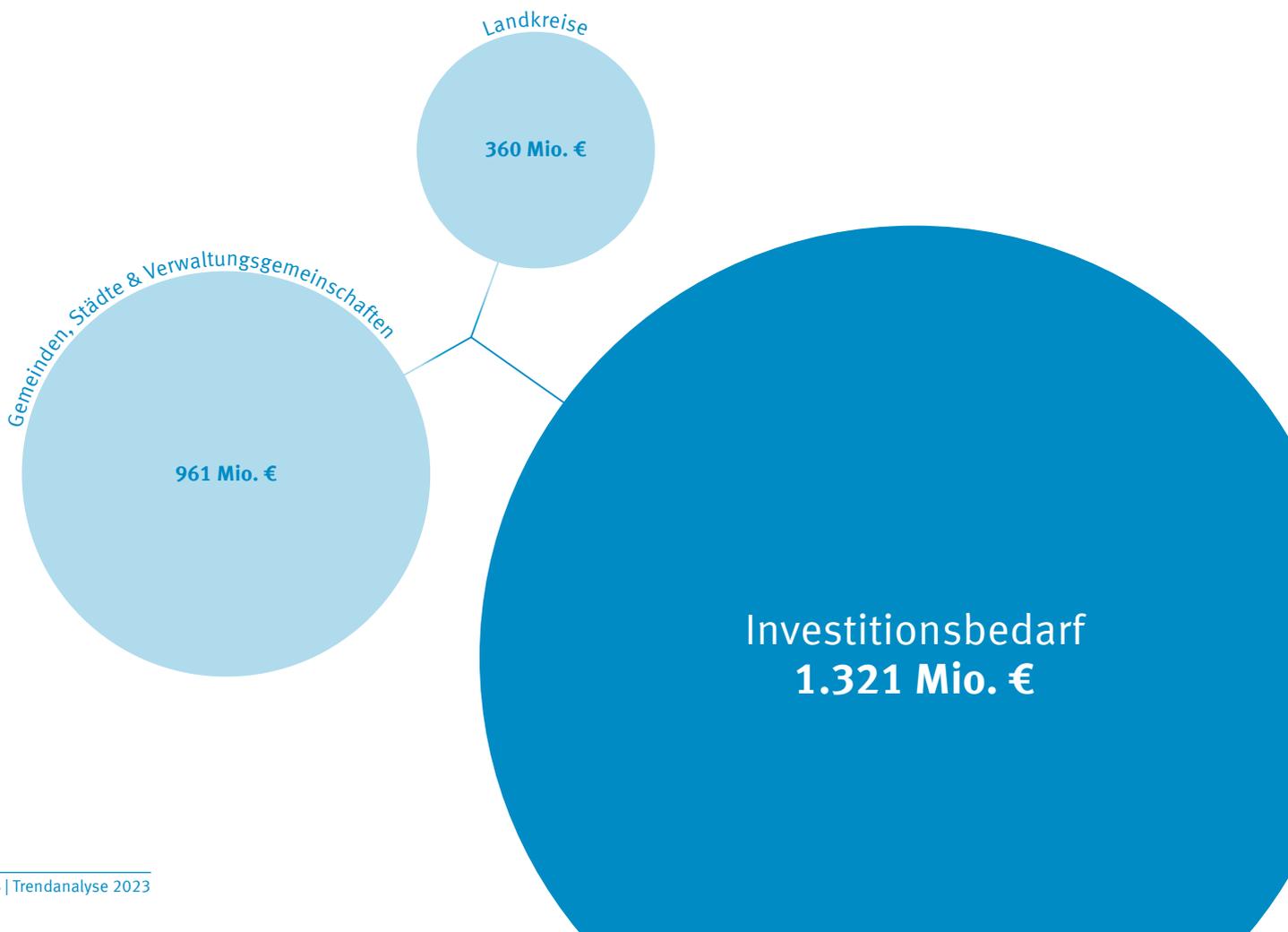
Zukünftiger Investitionsbedarf 2024–2026

Seit 2019 erheben wir von den Kommunen Daten zu ihren zukünftigen Investitionsbedürfnissen im Rahmen ihrer mittelfristigen Finanzplanung. Die Kommunen sind aufgefordert, den notwendigen Investitionsbedarf für die kommenden Jahre zu benennen, der erforderlich ist, um bestehende Defizite zu beheben. Diese Angaben basieren üblicherweise auf den Daten der Fachabteilungen, die zu Beginn der Haushaltsplanung an die Finanzverwaltung weitergeleitet werden. Da jedoch nicht

immer ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um alle geplanten Investitionen zu realisieren, fragen wir zusätzlich nach den im Haushalt verankerten Investitionsbedarfen. Aus der Differenz dieser Angaben lässt sich der zusätzliche Investitionsbedarf ableiten.

In den letzten Jahren lag der ermittelte Investitionsbedarf für die folgenden drei Jahre kontinuierlich über 1 Milliarde Euro jährlich. Bei der letzten Erhe-

bung betrug er ca. 1,3 Milliarden Euro, wobei 360 Millionen Euro auf die Landkreise und 961 Millionen Euro auf die Gemeinden, Städte und Verwaltungsgemeinschaften entfielen. Die Tendenz zeigt, dass die Kommunen weiterhin einem hohen Investitionsbedarf gegenüberstehen, der sich trotz aller Bemühungen nicht verringert. Verstärkt wird diese Situation durch steigende Preise in allen Bereichen sowie zunehmende Standards und Anforderungen, die zusätzlichen finanziellen Druck erzeugen.



*Bild: Talsperre Schmalwasser
bei Tambach-Dietharz im Landkreis Gotha*



An aerial photograph of a town and university buildings at sunset. The sun is low on the horizon, casting a warm glow over the scene. The town is densely packed with houses and buildings, surrounded by green hills and forests. In the foreground, several large, modern university buildings with flat roofs and many windows are visible, along with a large parking lot filled with cars. The sky is filled with soft, colorful clouds in shades of orange, yellow, and blue.

HEMMNISSE DER INVESTITIONS- TÄTIGKEIT



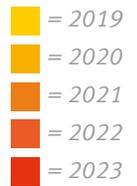
Einer erfolgreichen Umsetzung von Investitionen in den Kommunen stellen sich verschiedene Hemmnisse in den Weg. Unverändert seit 2021 – und damit die zentralen Herausforderungen der Kommunen – sind die Verfügbarkeit von Fördermitteln und Eigenmitteln. Mehr als zwei Drittel der befragten Kommunen sieht darin Hemmnisse. Die Verfügbarkeit finanzieller Mittel bestimmt die Handlungsspielräume der Kommunen bei der Verwirklichung von Investitionen. Aber es gibt noch weitere Hemmnisse, die Einfluss auf das Investitionsmanagement in den Kommunen haben. Die Verfügbarkeit von PlanungsKapazitäten in der Bauverwaltung und die Verfügbarkeit von Zuweisungen stellen sich für etwas mehr als die Hälfte der befragten Kommunen in 2023 als Hemmnisse dar. Sie stehen damit an dritter und vierter Stelle aller abgefragten Hemmnisse. Der Anteil bei der Verfügbarkeit von Zuweisungen ging allerdings von 70 Prozent (2022) auf 51 Prozent (2023) zurück.

Bei den Ausführungskapazitäten in der Bauwirtschaft scheint es eine leichte Entspannung zu geben. Der Anteil der Kommunen, die hierin Hemmnisse sehen, geht von 77 Prozent in 2022 auf aktuell 49 Prozent zurück. Im Ranking der Hemmnisse nimmt dieser Punkt Platz fünf ein. Entwarnung kann angesichts des immer noch hohen Prozentsatzes jedoch nicht gegeben werden. Auf Platz sechs rückt mit einem Anteil von 47 Prozent die Verfügbarkeit von Projektsteuerungskapazitäten in der Bauverwaltung vor.

Generell zeigt sich über den Betrachtungszeitraum, dass die Rückmeldungen zu Investitionshemmnissen zurückgegangen sind.

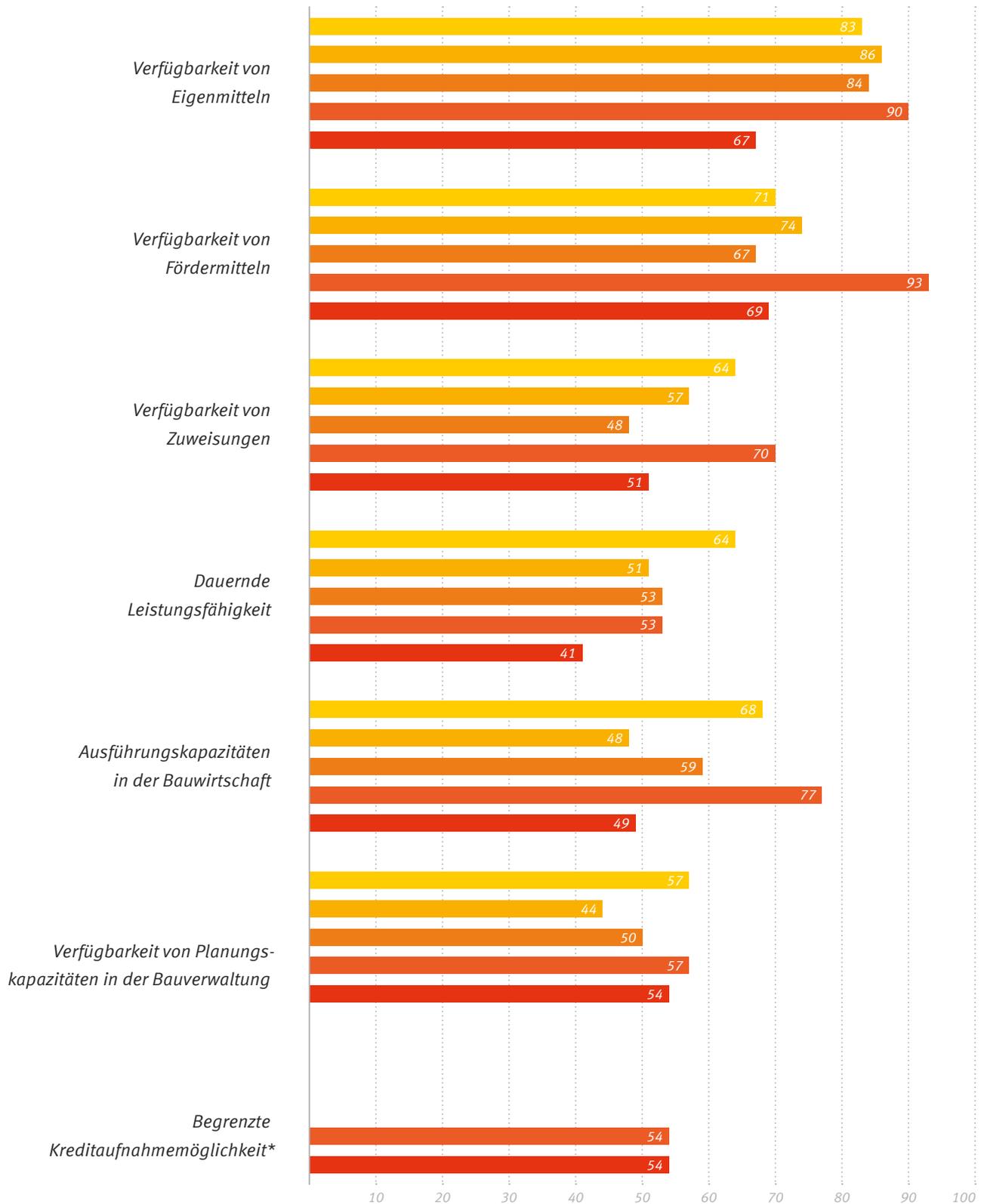
Bild: Friedrichroda

Hemmnisse der Investitionstätigkeit I

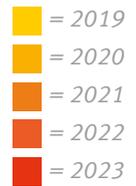


Alle befragten Kommunen im Überblick

Angaben in Prozent

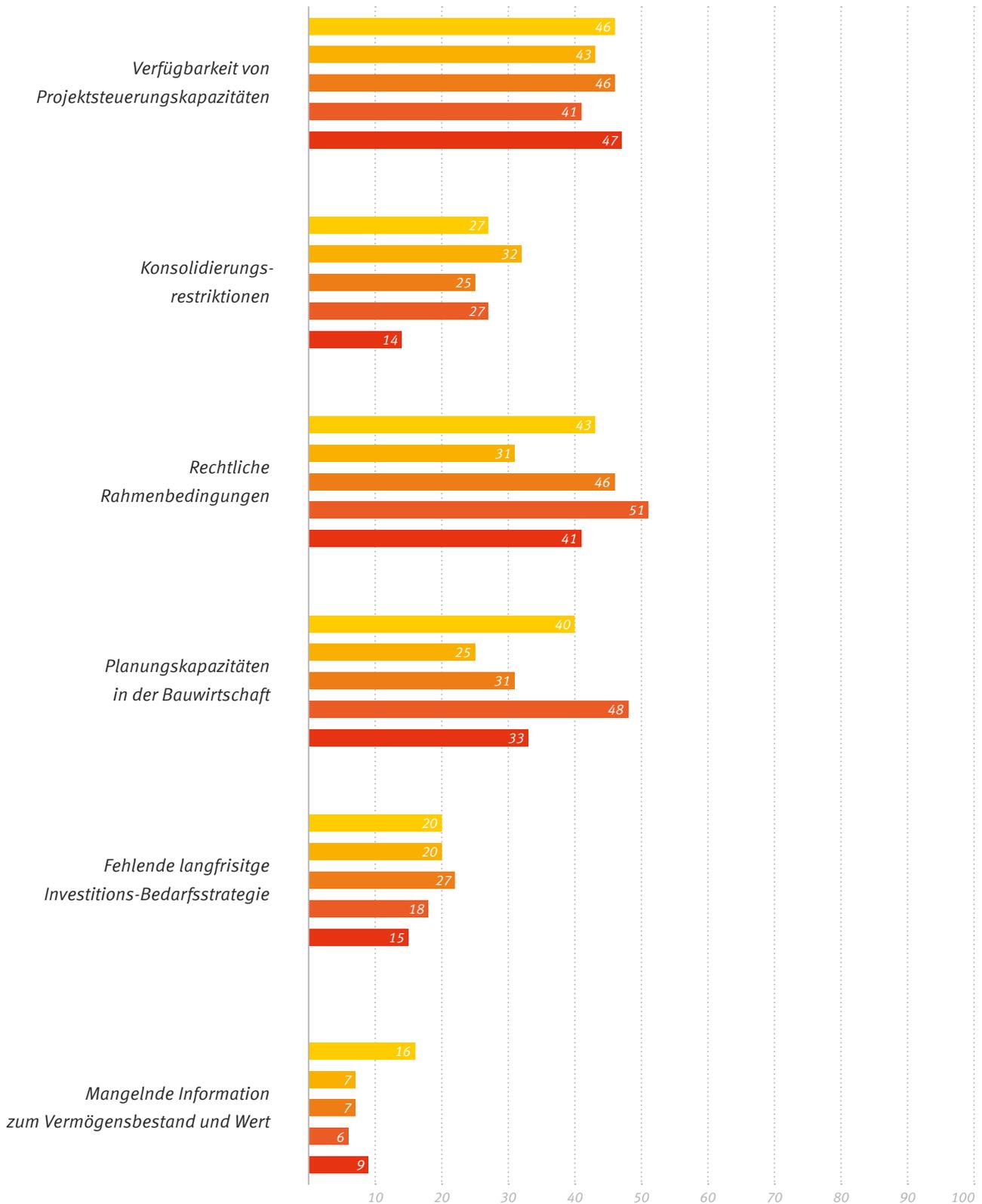


Hemmnisse der Investitionstätigkeit II



Alle befragten Kommunen im Überblick

Angaben in Prozent



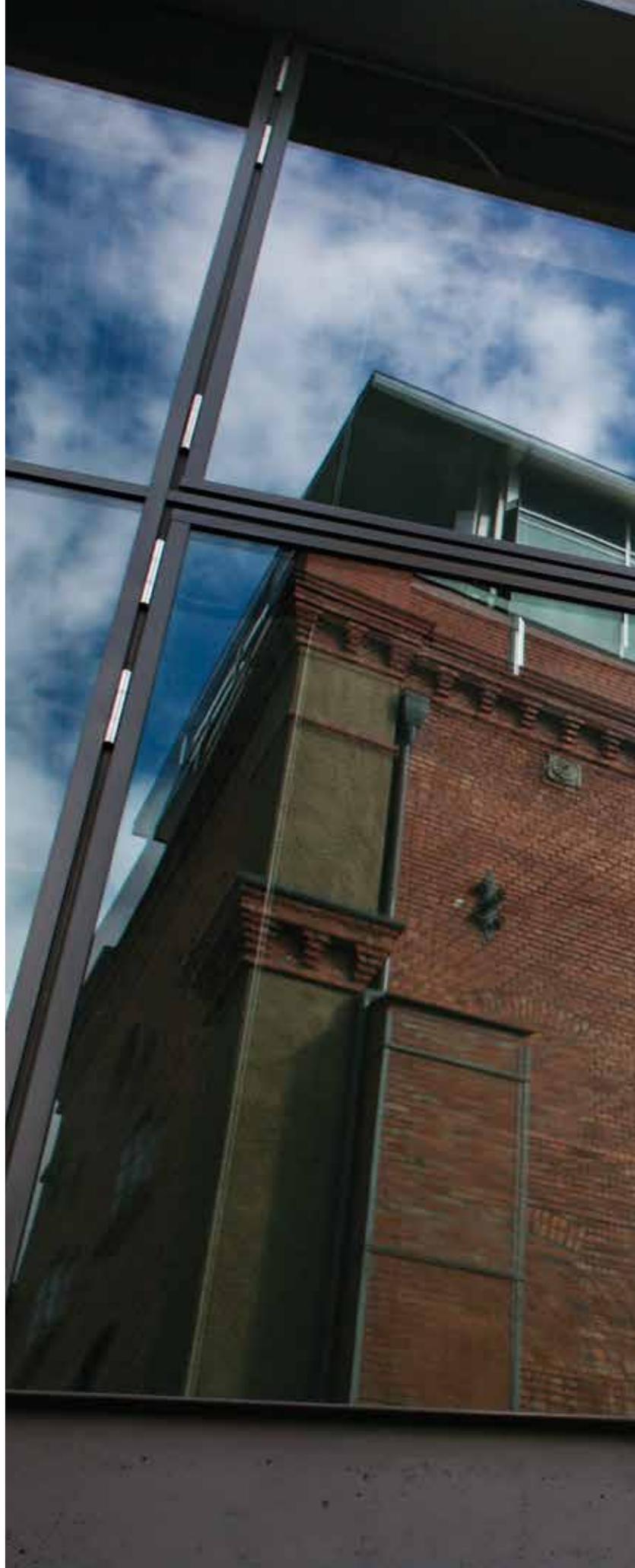


Neben den regelmäßigen Fragen zur Investitions-, Personal- und Finanzsituation ergänzen wir seit 2020 die Umfrage um anlassbezogene Themen sowie um Detailfragen zu den gemeldeten generellen Bedarfen.

In 2020 und 2021 lag der Fokus hierbei u.a. auf den Auswirkungen der Corona-Pandemie sowie auf den genauen Bedarfen im Bereich der Straßeninfrastruktur, der Wohnungswirtschaft sowie der Digitalisierung und der notwendigen Investitionen in Kindertageseinrichtungen.

Im Jahr 2022 rückten die Entwicklungen bei Energie- und Baupreisen in den Mittelpunkt, ein Thema, das auch 2023 weiter virulent war. Zusätzlich wurden vertiefende Fragen zu Fördermittelmanagement und zinsverbilligten Kreditprogrammen gestellt. Besondere Aufmerksamkeit erhielten 2023 die Wärmeversorgung kommunaler Gebäude und die Implementierung kommunaler Photovoltaikanlagen.

Die Detaillergebnisse zu den Zusatzfragen finden Sie in der jeweiligen Ausgabe des Kommunalmonitors. Im Folgenden präsentieren wir Ihnen einige dieser Themen, die, wie unsere Umfragen zeigen, nachhaltig relevant bleiben.



*Bild: Universitätsbibliothek & Limona
Bauhaus-Universität Weimar*

AKTUELLE THEMEN IM KOMMUNAL- MONITOR

Investitionsbedarf bei der Straßeninfrastruktur

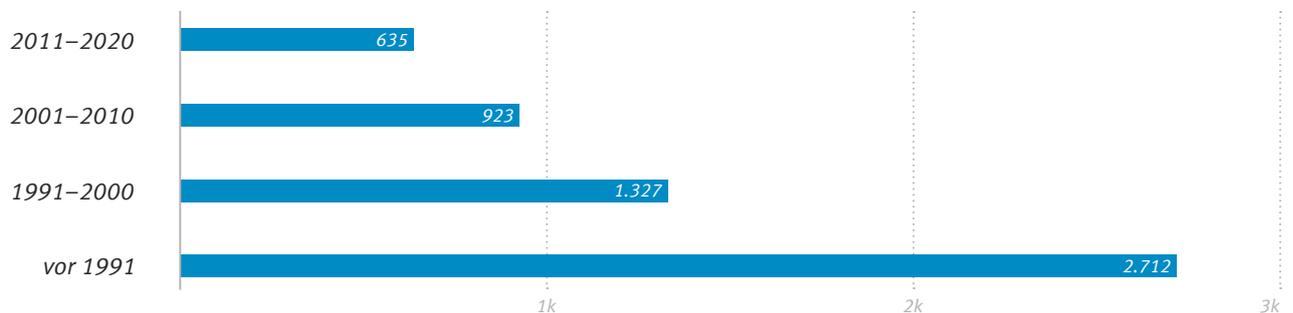
Gesamtübersicht aller Gemeinden, Städte und Verwaltungsgemeinschaften

Insgesamt verfügen die im Kommunalmonitor 2021 befragten Gemeinden, Städte und Verwaltungsgemeinschaften über ein Straßennetz von 5.770 km Länge. Fast 50 Prozent wurden vor mehr als 30 Jahren neu errichtet, grundhaft ausgebaut oder erst-

malig hergestellt. Berücksichtigt man darüber hinaus die 23 Prozent der Straßen, die mindestens 20 Jahre alt sind, besteht in den kommenden Jahren ein sehr hoher Investitionsbedarf für die Erneuerung der Thüringer Straßeninfrastruktur.

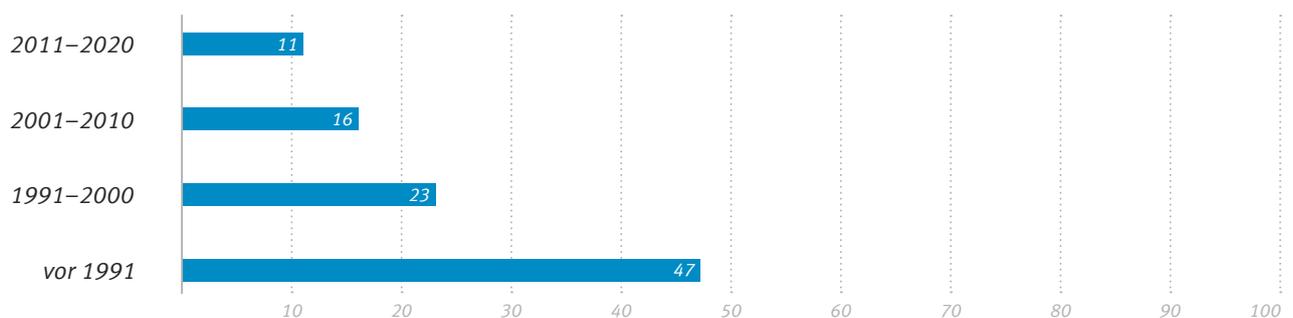
Stand des Aus- und Neubaus der Straßen der Gemeinden, Städte und Verwaltungsgemeinschaften in Kilometern

N=64 befragte Gemeinden, Städte und Verwaltungsgemeinschaften im Kommunalmonitor 2021



Prozentualer Anteil des Aus- oder Neubaus der Straßeninfrastruktur

N = 64 befragte Gemeinden, Städte und VGs im Kommunalmonitor 2021



Investitionsbedarf bei Kindertagesstätten

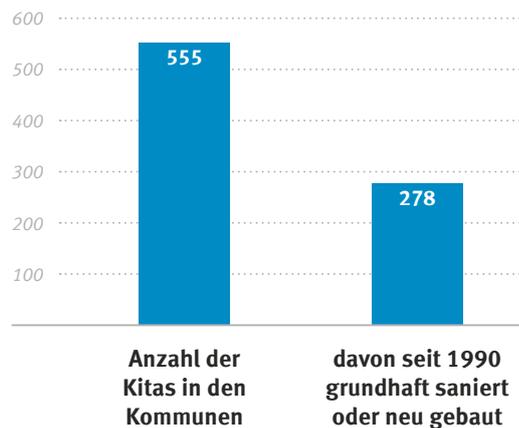
Investitionsbedarf bei Kindertagesstätten Gesamtübersicht aller Gemeinden, Städte und Verwaltungsgemeinschaften

befragte Gemeinden, Städte und Verwaltungsgemeinschaften im Kommunalmonitor 2021

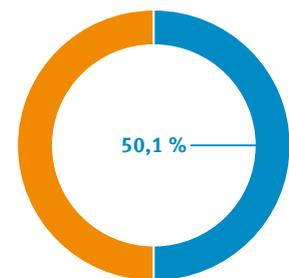
Hoher Sanierungsbedarf in Kitas

Die Kommunen, die an der Befragung im Kommunalmonitor 2021 teilgenommen haben, geben an, dass die Hälfte des Objektbestandes der Kitas seit 1990 grundhaft saniert oder neu gebaut wurde. Für die Sanierung der Objekte müssen in den kommenden Jahren adäquate Mittel bereitgestellt werden.

Anzahl der von den Kommunen angegebenen Kitas gesamt:



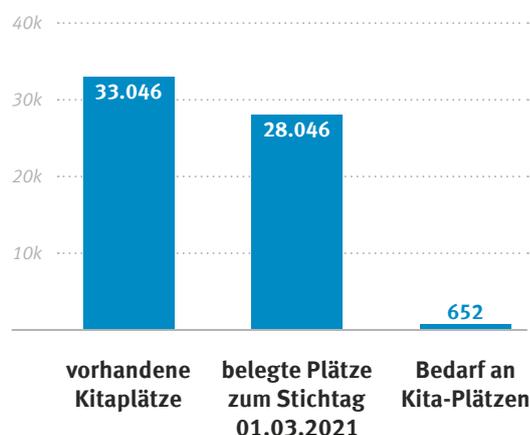
Anteil der sanierten oder neu gebauten Kitas in Prozent:



Anzahl der Kita-Plätze

Rund 15 Prozent der vorhandenen Kita-Plätze waren zum Zeitpunkt der Befragung für den Kommunalmonitor 2021 nicht belegt. Obwohl lokale Unterschiede im Belegungsgrad und am Erweiterungsbedarf des Angebots von Kita-Plätzen bestehen, die hier nicht sichtbar gemacht werden können, schien das Angebot an Kita-Plätzen im Jahr 2021, landesweit betrachtet, ausreichend zu sein. Interessant wäre ein Vergleich zum Stichtag 01.03.2024.

Anzahl der von den Kommunen angegebenen Kita-Plätze gesamt:



Belegungsgrad der vorhandenen Kita-Plätze:



Baupreisentwicklung und Investitionstätigkeit

Zusammenfassung

Rund 62 Prozent aller befragten Kommunen sieht Auswirkungen der Baupreisentwicklung auf ihre aktuelle Investitionstätigkeit. Das sind 26 Prozent weniger als im vergangenen Jahr. Vermutlich hängt das damit zusammen, dass sich mittlerweile für viele Kommunen die befürchteten Auswirkungen eingestellt haben und sie deshalb diese Frage nicht mit „ja“ beantworten können. Der Anteil derer, die keine Auswirkungen erwarten oder dies nicht abschätzen können, bleibt

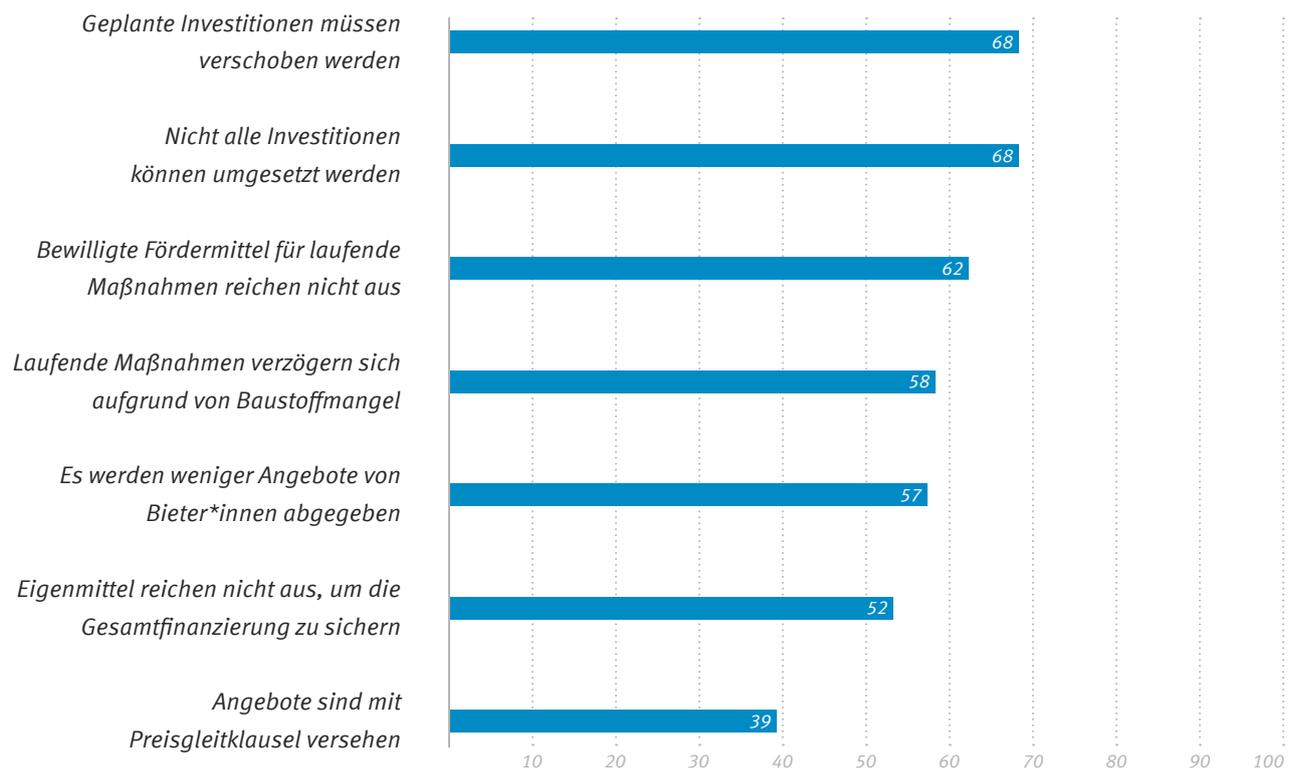
in etwa gleich. Allerdings machen in der aktuellen Befragung 24 Prozent dazu keine Angaben. Etwa zwei Drittel der Kommunen sehen vor allem die folgenden drei Auswirkungen:

- ▶ nicht alle Investitionen können umgesetzt werden
- ▶ geplante Investitionen müssen verschoben werden
- ▶ bewilligte Fördermittel für geplante Maßnahmen reichen nicht aus
- ▶ geplante Investitionen müssen verschoben werden
- ▶ nicht alle Investitionen können umgesetzt werden
- ▶ es werden weniger Angebote von Bieter*innen abgegeben

Vor allem die Gemeinden erwarten Auswirkungen auf ihre Investitionstätigkeit, fast drei Viertel geben das an. Mehr als drei Viertel der Gemeinden beobachten die folgenden Auswirkungen:

Erwartete Auswirkungen der Baupreisentwicklung auf die Investitionstätigkeit aller befragten Kommunen 2023

N=118 Angaben in Prozent

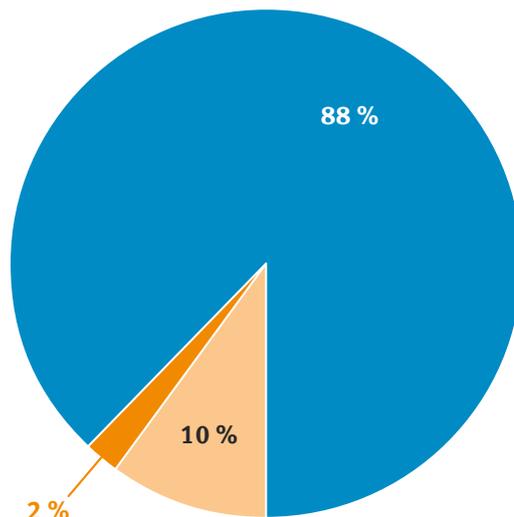


Erwarten Sie Auswirkungen der Baupreisentwicklung auf die Investitionstätigkeit Ihrer Kommune?

- = Ja
- = Nein
- = ist nicht absehbar
- = keine Angabe

2022

N=83



2023

N=183



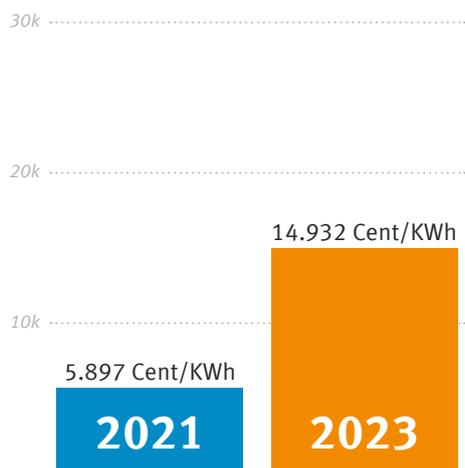
Durchschnitt Strom- und Gaspreis in Cent/KWh

Angaben zu den Strom- und Gaspreisen, die in den Jahren 2021 und 2023 je KWh entrichtet werden mussten, haben nur 64 Kommunen gemacht. Dementsprechend liegt die Steigerung bei den Strompreisen in diesem Vergleichszeitraum bei rund dem 1,6-Fachen des Preises von 2021 und bei den Gaspreisen sogar bei rund dem 2,5-Fachen.

Auch wenn nicht alle Kommunen ihre Preise offengelegt haben, zeigt dieses Ergebnis doch, mit welchen hohen Mehrkosten sich die Kommunen mittlerweile auseinandersetzen müssen.

Gaspreis

Alle befragten Kommunen im Überblick



2023

34.355 Cent/KWh

2021

21.966 Cent/KWh



Strompreis

Alle befragten Kommunen
im Überblick

Bild:
Windpark im Werratal





Beitrag von Dr. Carsten Rieder

Dr. Carsten Rieder, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen über Personalbedarf, „Investitionsfonds“ und wie der Kommunalmonitor die Weichen stellt für zielorientierte Investitionen in Thüringer Kommunen

Bild:
Altstadt von Erfurt

Thüringer Aufbaubank: Herr Dr. Rieder, den Kommunalmonitor gibt es jetzt seit fünf Jahren. Wie beurteilt der Gemeinde- und Städtebund Thüringen den Kommunalmonitor?

Dr. Rieder: Der Kommunalmonitor ist für die Gemeinden und Städte in Thüringen eine unverzichtbare Studie zur Ermittlung der Investitionsbedarfe. Mit seiner Einführung hat die Thüringer Aufbaubank eine Vorreiterrolle übernommen, weil es keine vergleichbare Auswertung auf der Ebene eines einzelnen Bundeslandes gibt. Ich kann Ihnen bestätigen, dass nicht wenige Kommunalexpertinnen und -experten in den anderen Bundesländern etwas neidisch auf die frühzeitige Verfügbarkeit der jährlichen Auswertungen und die Signale schauen, die den Daten entnommen werden können.

Thüringer Aufbaubank: Warum sollten sich die Kommunen an der Umfrage beteiligen, auch wenn es einen gewissen Aufwand für alle Beteiligten darstellt?

Dr. Rieder: Der bedarfsorientierte kommunale Finanzausgleich in Thüringen wird zwar von der Landesregierung ermittelt. Dabei blickt sie aber nur auf die tatsächlichen Ausgaben der letzten Jahre zurück. Der Kommunalmonitor ist daher eine wichtige Ergänzung, um zu erkennen, wie die Zukunftsperspektive aussieht und wie groß der Investitionsstau ist, d.h. wie viel zusätzlicher Mittel es für welche Bereiche bedarf. Zudem steht der Kommunalmonitor für eine ausgewogene Beurteilung der Situation, weil es sich um Fördermittelexpertinnen und -experten einer Landesgesellschaft handelt, die nicht im Verdacht stehen, ein Gefälligkeitsgutachten für die Kommunen zu erstellen.

Thüringer Aufbaubank: Die Deckung des Personalbedarfs ist, wie in allen Bereichen, schwierig, obwohl die Tarifabschlüsse der letzten Jahre die Attraktivität der öffentlichen Hand als Arbeitgeber erhöht haben. Wie beurteilen Sie die zukünftige Lage?

Dr. Rieder: Die Tarifabschlüsse haben in jüngster Zeit das Vergütungsniveau in den Kommunen attraktiv gestaltet. Das stellt die kommunalen Haushalte vor eine große Belastungsprobe. Richtig ist aber, dass alle kommunalen Ebenen im Wettbewerb um die klügsten Köpfe und engagiertesten Mitarbeitenden stehen. Gerade mit Blick auf technische und digitalisierungsaffine Berufe wird es aber kaum einen Überbietungswettbewerb mit der Privatwirtschaft geben können. Es gilt vielmehr, die Vorzüge des öffentlichen Dienstes herauszustellen. Deshalb stellt die Personalentwicklung einen Schwerpunkt in der Arbeit des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen dar.

Thüringer Aufbaubank: Der Investitionsbedarf für die kommenden drei Jahre liegt bei Städten und Gemeinden bei ca. 1,3 Milliarden Euro pro Jahr. Allerdings können die Kommunen davon nur rund 40% aufbringen. Damit ist ersichtlich, dass der Investitionsstau weiter steigt. Helfen da nur mehr Mittel oder sind es auch Rahmenbedingungen, die zu ändern sind?

Dr. Rieder: An erster Stelle steht die Verfügbarkeit zusätzlicher Investitionsmittel. Denn die Thüringer Gemeinden und Städte sind im bundesweiten Vergleich gemeinsam mit denen in Mecklenburg-Vorpommern die finanzschwächsten. Die im Vergleich zu anderen Bundesländern fehlende Steuerkraft lässt sich kurzfristig nur durch eine Aufstockung der Landesmittel ausgleichen. Zudem ist gerade im Bereich der Investitionsmittel die Baupreisexplosion nicht ausreichend vom Land berücksichtigt worden. Hinzu kommt ein notwendiger Bürokratieabbau, insbesondere in den Förderverfahren der Landesprogramme. Hier sollte das Land seinen Gestaltungsspielraum zur Steigerung der Investitionstätigkeit nutzen und den Kommunen größeres Vertrauen schenken.

Thüringer Aufbaubank: Durch die Umfrage des Kommunalmonitors hat die Landespolitik dieses Thema aufgegriffen und den „Investitionsfonds“ auf die politische Agenda gesetzt. Obwohl viele Beteiligte dieses Instrument befürworten, lässt die Umsetzung auf sich warten. Woran hakt es aus Ihrer Sicht?

Dr. Rieder: Der Investitionsfonds kann einen wichtigen Baustein darstellen. Voraussetzung ist, dass er neben Darlehen auch direkte Zuschüsse an die Gemeinden und Städte vorsieht, weil viele Gebietskörperschaften aufgrund ihrer angespannten Haushaltssituation nicht über die notwendige Voraussetzung für eine Kreditaufnahme – eine ausreichende dauernde Leistungsfähigkeit – verfügen. Offenbar ist die Dramatik der anstehenden Transformationsaufgabe zum Umbau der Infrastruktur in Richtung Energieunabhängigkeit und Klimaneutralität noch nicht bei allen Entscheidungsträgern angekommen. Neben den immensen Herausforderungen zur Erhaltung der kommunalen Infrastruktur kommen aktuell neue Mammutaufgaben hinzu, die sie ohne stabile finanzielle Unterstützung von Bund und Land nicht stemmen können. Neue Aufgaben erfordern frisches Geld!

Thüringer Aufbaubank: Vielen Dank für das Gespräch.

Der Kommunalmonitor ist für die Gemeinden und Städte in Thüringen eine unverzichtbare Studie zur Ermittlung der Investitionsbedarfe.



– Dr. Carsten Rieder



„Wir klären mit dem Kommunalmonitor nicht nur über Bedarfe auf, sondern fangen auch an, an den richtigen Stellen über Lösungsansätze zu diskutieren.“

Bild: Rennsteig



— **Daniel Schmidt**,
Bereichsleiter
Öffentliche Kunden
und Wohnungswirtschaft
bei der
Thüringer Aufbaubank

Ob Corona, Zinswende oder der Umbruch auf den Energiemärkten – die vergangenen fünf Jahre waren ereignisreich. Dies spiegelte sich auch in den Antworten des jeweiligen Kommunalmonitors wieder. Die Reaktionen auf diese Ereignisse und die Antworten auf „Dauerbrenner-Themen“ wie die aktuelle Gesamtfinanzsituation, der Bedarf an personellen Ressourcen oder auch die Hemmnisse für die Investitionstätigkeit generieren einen für alle Beteiligten wertvollen Datenbestand.

Herr Schmidt, welchen aktuellen Schwerpunkt sehen Sie im Thüringer Kommunalmonitor?

Daniel Schmidt: Aktuelle Herausforderung – aus meiner Sicht – ist das Thema „Fachkräfte“. Die Aufgaben werden umfangreicher und komplizierter. Insofern braucht man einfache Lösungen, um die Projekte, die anzugehen sind, auch zu bewältigen. Man muss alle Partner an einen Tisch kriegen, um Beratungs- und Unterstützungsangebote, aber auch finanzielle Möglichkeiten zu unterbreiten. So können die Kommunen ihre Projekte dennoch umsetzen.

Zum vollständigen Interview mit Daniel Schmidt, Bereichsleiter Öffentliche Kunden und Wohnungswirtschaft, bitte den QR-Code scannen:



Fünf Jahre Kommunalmonitor – eine Studie, die Ihre Bedarfe auf den Punkt bringt und ihren festen Platz in der politischen und öffentlichen Debatte gefunden hat.

Ihre Angaben der letzten fünf Jahre zeigen sehr deutlich, wo die Herausforderungen der Zukunft liegen. Einerseits gilt es, in Zeiten angespannter Haushaltslage den zuletzt dotierten Investitionsstau von 1,3 Milliarden Euro jährlich abzumildern und damit vor allem die Daseinsvorsorge aufrechtzuhalten. Um dies zu ermöglichen, braucht es einerseits einen strategischen Ansatz zur Investitionsplanung und Prioritätensetzung. Andererseits sollte ein Fokus auf Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen im Vorfeld der Investitionen liegen, um die sinnvollste und nachhaltigste Realisierungsvariante zu identifizieren. Zu guter Letzt braucht es eine zielgerichtete Förderung bzw. Finanzierung der Maßnahmen. Hierfür kann beispielsweise ein Kreditfonds oder auch Zinsverbilligungsmittel zur Minderung der Finanzierungskosten für die notwendigen Eigenanteile einen Beitrag leisten. Wichtig hierbei ist, dass die Entbürokratisierung in der Fördermittelverga-

be künftig forciert wird, um auch den größtmöglichen Nutzen zu erzielen.

Die komplexer werdenden Aufgaben in Verbindung mit einem deutlich spürbaren Fachkräftemangel erfordern innovative Lösungen. Es gilt, Kräfte zu bündeln und noch stärker zusammenzuarbeiten. Beispiele hierfür sind interkommunale Kooperationen zur Zentralisierung von Aufgaben und Personal. Bereiche, in denen dies bereits erfolgreich genutzt wurde, sind:

- ▶ Energiemanagement,
- ▶ zentrale Vergabestellen,
- ▶ zentrale Fördermittelstellen oder
- ▶ der gemeinschaftliche Betrieb von Bauhöfen oder Rechenzentren.

Der sechste Thüringer Kommunalmonitor ist bereits auf den Weg gebracht und ab diesem Jahr werden wir Ihnen neben der gewohnten Auswertung der Ergebnisse zusätzlich Best-Practice-Lösungen für einzelne Schwerpunktthemen vorstellen. Wir freuen uns auf eine weiterhin rege Beteiligung und stehen Ihnen gern für Fragen, Anregungen und Beratungen zur Verfügung. Ihre Thüringer Aufbaubank





FAZIT

*Bild: Thüringer Wald
bei Steinbach-Hallenberg*

Methode

Die Studie und repräsentative Hochrechnung wird im Auftrag der Thüringer Aufbaubank durch das Forschungsinstitut aproxima Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung Weimar mbH durchgeführt.

Primärforschung aproxima Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung Weimar mbH

Auftraggeberin Thüringer Aufbaubank

Erhebungsmethode Online-Befragung

Auswahlverfahren Öffentliche Adressliste N = 207 Adressen von Gemeinden, Städten, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreisen des Freistaats Thüringen mit hauptamtlichen Verwaltungsspitzen

Stichprobe 2023 N = 138 Interviews • Ausschöpfungsquote: 67 Prozent

Feldzeit April bis September 2023

Bearbeitet von Dr. Henry Kreikenbom, Dr. Yvonne Ludewig, Elisabeth Zettel

Impressum

Herausgeberin:

Thüringer Aufbaubank
Gorkistraße 9 | 99084 Erfurt
presse@aufbaubank.de

Inhalte:

aproxima Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung Weimar mbH
Die Inhalte ergeben sich aus einer Online Befragung aller hauptamtlichen
Kommunen, welche jährlich in den Jahren 2019 bis 2023 durchgeführt wurde.

Konzeption:

Unternehmenskommunikation der Thüringer Aufbaubank
Creative Solutions

Layout:

Nivre Film & Studio GmbH

Fotos:

Nivre Film & Studio GmbH
stock.adobe.com

Alle Rechte, insbesondere das Recht auf Vervielfältigung, auch auszugsweise, sind vorbehalten.
Alle Beiträge wurden sorgfältig recherchiert. Eine Haftung wird nicht übernommen.

4. & 5. November 2024 – Erfurt

Fachkongress für die öffentliche Hand

Hochkarätige Vorträge und Panels:
Umsetzung der kommunalen Energie- und Wärmewende



Exklusive Vorabendveranstaltung mit prominenten Gästen und Beiträgen aus Politik und Wirtschaft u.a. mit **Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen Klara Geywitz** und **Burkhard Balz, Vorstand der Deutschen Bundesbank**



Praxisbezogene Fachtagung:

- Nachhaltige Infrastruktur – Herausforderung und Chance für die Öffentliche Hand
- Künftige Ausrichtung der Förderung nachhaltiger Infrastruktur von EU, Bund und Ländern
- Fachforen zum Thema Energie- und Wärmewende und die Auswirkungen für Kommunen sowie für kommunale Unternehmen der Energieversorgung und Wohnungswirtschaft



Jetzt anmelden!



